

VORAN

Marxistische Zeitung für SPD, Juso und Gewerkschaft

Nr. 29

1. MAI 1978

90 Pfg.

VERTEIDIGT JEDEN ARBEITSPLATZ

GÜNTER MUNSCH
Gew. HBV, Jusos Köln

Wenn man sich nur die Zahl der Arbeitslosen genauer ansieht, bestätigt sich, daß die Unternehmer die für sie geeignetsten und qualifiziertesten Arbeits-

Die Wirtschaftsbereiche, in denen in den letzten Jahren Arbeitsplätze geschaffen wurden, sind gerade die, in denen in den kommenden Jahren mit Hilfe von Organisationsfachleuten und elektronischer Datenverarbeitung rationalisiert wird. Es kommt in allen Bereichen eine Welle von Rationalisierungen auf uns zu. Dies zeigt, welchem "freien Spiel der selbstheilenden Kräfte des Marktes" wir ausgesetzt sind. Seit über drei Jahren offiziell 1 Million Arbeitslose!

Die Zahl der Arbeitslosen ist in den verschiedenen Bundesländern unterschiedlich. In den sogenannten "strukturschwachen Gebieten" gibt es Arbeitslosenquoten von weit über 10%. So zum Beispiel in Deggendorf 16,9%, Schwandorf 15,5%, Passau 18,3%, Emden 11,9%, Leer 13,8%.

Die Arbeitnehmer im Saarland sind durch die anhaltende Krise der Stahlindustrie in den zweifelhaften Genuß einer Arbeitslosenquote von 8,1% gekommen. Hier muß das Verhalten des FDP-Wirtschaftsministers Klumpp gebrandmarkt werden, der, wie in der letzten Ausgabe von VORAN berichtet, die Forderung der Belegschaft der Hütte Röchling-Burbach nach Überführung der Hütte in Gemeineigentum als grundgesetzwidrig bezeichnete.

Welche Rolle die FDP in der Koalition spielt, kann man auch am Beispiel des hessischen Wirtschaftsministers Karry (FDP) zeigen, der in einem Spiegel-Interview (21/77) zu Arbeitsmarktlage sagte: "Sehen Sie sich doch nur die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer an. Wenn wir heute noch fast zwei Millionen Ausländer beschäftigen, kann man sowieso nicht von einer echten Arbeitslosigkeit sprechen." Im gleichen Artikel des Spiegel steht über Karry: "Er will aus vielen Gesprächen mit Unternehmern erfahren haben, daß der Markt nur 'Krücken, Nullen und Niete' anbiete."

Mit einer solchen Partei darf die SPD keine Koalitionsregierung bilden!

Kräfte auf dem Arbeitsmarkt herausuchen. Dies führt dazu, daß von je 100 Arbeitslosen 53 ohne abgeschlossene Berufsausbildung sind, 27 gesundheitlich beeinträchtigt, 12 Arbeitslose 55 Jahre und älter und 9 ohne jegliche Ausbildung sind.

Die finanziellen Einbußen, die Arbeitslose ertragen müssen, sind so erheblich, daß sie zum Abbruch früherer Freundeskreise führen, und es ist dann schwer, neue Bekannte zu finden.

In der Gewerkschaftszeitung "Angestellten-Magazin" Nr. 4 wird unter dem Titel "Arbeitslosigkeit macht krank" beschrieben, wie in Krisenzeiten erhöhte Arbeitshezte und Angst vor Arbeitslosigkeit zum Ansteigen von Depressionen führt, Arbeitslose neigen verstärkt zu Gefühlen der Nutzlosigkeit und Schuld, zur Apathie, ja sogar zu Selbstmord-Gedanken.

Die Autorin schreibt: "In der psychotherapeutischen Praxis, in der ich arbeite, beträgt der Anteil der arbeitslosen Patienten bis zu 25%."

Die beschriebene Situation zeigt eindringlich die Notwendigkeit für die Arbeiterbewegung, besonders für Gewerkschafter und Sozialdemokraten, Kontakte zu Arbeitslosen zu schaffen und sie zu integrieren.

In der letzten Betriebszeitung der Kölner Jungsozialisten wurde unter der Überschrift "Jungsozialisten unterstützen die Forderungen des DGB" gesagt "die Arbeitnehmer brauchen mehr denn je politische Maßnahmen der SPD gegen die Ultimaten der Arbeitgeber, gegen Arbeitslosigkeit, für Sicherung der Einkommen und Arbeitsplätze".

Darunter stehen folgende drei Forderungen:
"1. Entscheidungen über Investitionen das heißt letztlich Entscheidungen über Arbeitsplätze von morgen, dürfen nicht von dem Unternehmer getroffen werden."
FORTSETZUNG S. 12

GRÜSSE DER REDAKTION

Die Redaktion VORAN grüßt alle Leser, alle Gewerkschafter, Falken Jusos und SPD-Mitglieder zum 1. Mai 1978. Viele Kolleginnen und Kollegen haben bereits gemerkt, daß der Sinn der 1. Mai immer aktueller wird. Die bisherige Tarifrunde war ein gutes Beispiel dafür, daß die Arbeiter wissen, worauf es ankommt, und daß sie sich nicht länger hinhalten lassen mit fadenscheinigen Maßhalteparolen. Man kann ganz klar sagen, daß die Zeiten des Aufschwungs und der passiven Haltung der arbeitenden Klasse vorüber sind. In anderen Ländern, wo die Krise des Kapitals sich noch viel stärker auswirkt, haben es unsere Kollegen und Genossen noch viel schwerer als wir in der BRD. Doch bei uns wird die Krise auch noch schwerer werden, die Tarifrunden werden noch mehr Einsatz fordern als die diesjährige. Und damit muß sich auch die Kampfkraft der Arbeiter vergrößern.

VORAN grüßt alle, die auf die Maikundgebungen gehen, die ihre Forderungen kundtun und die durch ihr zahlreiches Erscheinen in allen Städten ihre Stärke demonstrieren.

Maigrüsse erreichten uns auch von marxistischen Zeitungen in der ausländischen Arbeiterbewegung, die wir hiermit weitergeben:

MILITANT (Großbritannien)
THE MARXIST PAPER FOR LABOUR AND YOUTH

MILITANT IRISH MONTHLY
WORKERS' UNITY AND SOCIALISM

NUEVO CLARIDAD (Spanien)
VOZ MARXISTA DE LOS SOCIALISTAS Y DE LA JUVENTUD

OFFENSIV (Schweden)
MARXISTISK TIDNING INOM ARBETAR RÖRELSEN

VORWAARTS (Holland)
MARXISTISCH BLAD IN DE ARBEIDERSBEWEGING

VONK (Belgien)
MARXISTISCH BLAD VOOR DE SOCIALISTISCH BEWEGING

XEKINIMA (Griechenland)
MARXISTISCHE ZEITUNG FÜR ARBEITER UND JUGEND

ARTIKEL ÜBER

Frankreich vor
10 Jahren S. 5
US-Bergarbeiter,
Italien S. 9
Pharmaindustrie S. 10
Druckerstreik S. 12

1. MAI - 12 SEITEN - 1. MAI

gendearbeitslosigkeit

Arbeitszeitverkürzung
S. 4

Planwirtschaft
S. 6

Osteuropa
S. 8

Interviews, Berichte, Stellungnahmen zum 1. Mai

VORAN

VORAN zur sozialistischen Demokratie!
Überregionale marxistische Zeitung für
SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaft

Erscheint seit Dezember 1973

Redaktionsanschrift: VORAN
Hammesberger Str. 75
5630 Remscheid

Konto: Postscheckamt Essen
H. G. Öfinger Nr. 170 20 433

Verantwortlicher Redakteur:
Hans - Gerd Öfinger

Druck: Gegenbruck, Essen

DEFIZIT

In der letzten Ausgabe unserer Zeitung mußten wir feststellen, was für katastrophale Flurschäden die Arbeitslosigkeit und die Wirtschaftskrise dem Netz sozialer Sicherungen Jahr um Jahr zufügt. Wir konnten dies anhand der Diskussion um die Rentenfinanzen aufzeigen. Doch dies ist noch nicht das Ende des Liedes.

Am 29. März 1978 berichtete die "Welt", daß die Bundesanstalt für Arbeit bis 1982 voraussichtlich ein Defizit von 13 Mrd. DM vorweisen wird. Nach einer Untersuchung über "Finanzsituation der Bundesanstalt für Arbeit und Auswirkungen auf die Bundesfinanzen" verfügt die Bundesanstalt bis dahin nur über frei verfügbare Rücklagen in Höhe von drei Mrd. DM. Also bliebe dann ein Defizit von satten zehn Mrd. DM.

Den Betrag von zehn Mrd. DM hatte Bundesarbeitsminister Ehrenberg schon im Januar 1977 ins Gespräch gebracht. Freilich hatte er es anders aufgefaßt: er hatte damals erwartet, daß bis 1980 Überschüsse und Rücklagen in Höhe von insgesamt zehn Mrd. DM zustande kommen würden. Der Wunsch als Vater des Gedankens! Und ein klares Beispiel dafür, wie unberechenbar diese Wirtschaftsordnung ist, und wie diese unkontrollierbaren Abläufe der Wirtschaft letzten Endes alle Reformen wieder in Frage stellen und zu nichts machen.

Laut "Welt" ist sich die Bundesregierung noch nicht schlüssig darüber, wie sie dieses Loch stopfen soll. Entweder erhöht sie die Beiträge (gegenwärtig drei Prozent des Bruttolohns und je zur Hälfte von Arbeitnehmer und Arbeitgeber getragen) oder sie schießt den Fehlbetrag aus der Bundeskasse bei. Aber beide Vorschläge sind bei den Bonner "Rotstift-Experten" umstritten.

Die Regierungs-Rechner legen ihren Schätzungen die Erwartung zugrunde, daß die Arbeitslosigkeit bis 1982 durchschnittlich bei einer Million liegen wird. Noch im letzten Herbst hatten sie berechnet, daß die Arbeitslosigkeit bis 1980 schrittweise auf 630 000 im Jahresdurchschnitt abgebaut werden könnte. (Handelsblatt 4. 11. 77)

So kommt die Regierung Schmidt Schritt um Schritt der Wirklichkeit näher. 100 000 Arbeitslose kosten die Bundesanstalt für Arbeit jährlich eine Mrd. DM. Und so kann man sich leicht ausrechnen, wie eine lang anhaltende Massenarbeitslosigkeit alle bisher erreichten Reformen und sozialen Errungenschaften in Frage stellt.

Helmuth Schmidt, der Kritiker an der kapitalistischen Marktwirtschaft einmal vorgeschlagen hat, die Krise des eigenen Hirns zu lösen, hat die Arbeitslosenversicherung immer gepriesen als ein "Stück Sozialismus". Damit wollte er sagen, daß es noch ausreicht, in der freien Marktwirtschaft Stück um Stück Reformen und Sozialleistungen auszubauen.

Jetzt sehen wir genau, wie dieses Rezept zum Scheitern verurteilt ist. Denn es ist genau diese elgerühmte Marktwirtschaft, die dies nicht zuläßt. Auf der Grundlage dieser Wirtschaft mit ihren Schwankungen und Wechselbädern, Fabrikstilllegungen und Massenentlassungen, mit ihrer Unberechenbarkeit ist eine dauerhafte Reformpolitik unmöglich.

Die Finanzkrise der Renten- und der Arbeitslosenversicherung sind nur die Spitze des Eisbergs. Wenn wir uns nicht alles Erreichte wieder wegnehmen lassen wollen, brauchen wir schon mehr als ein "Stück Sozialismus", nämlich eine sozialistische Planwirtschaft, in der nicht mehr der private Profit entscheidet, sondern die Bedürfnisse der Arbeiter und Angestellten.

Mehr Kollegen mobilisieren!

"1. Mai? Ist das nicht ein Feiertag?" Das war die Antwort eines gewerkschaftlich organisierten Kollegen auf meine Frage, ob er denn auch am 1. Mai an einer Veranstaltung des Gewerkschaftsbundes teilnehmen wolle! Diese Antwort verblüffte mich umso mehr, als sie keine Ausnahme darstellte und ich zu dem in einem, bis vor kurzem noch städtischen Krankenhaus arbeite, dessen Personal laut Liste zur Hälfte in der Gewerkschaft ÖTV organisiert ist. Daß es der Gewerkschaft nicht gelungen ist, die Einstellung selbst ihrer eigenen Mitglieder gegenüber gewerkschaftlichen Forderungen und Kampfmaßnahmen positiv zu gestalten, mußte ich bereits einige Wochen zuvor auf einer ÖTV-Betriebsversammlung feststellen, die angesichts der Zahl der Organisierten spärlich besucht war. Übrigens die erste seit Jahren! Fast alle anwesenden Kollegen bemängelten die unzureichende aufklärerische und organisatorische Arbeit seitens der ÖTV-Verantwortlichen. Die Mehrheit der organisierten Kollegen sei deshalb desinteressiert und nicht informiert. Dies führt dazu, daß sie nicht selten gewerkschaftsfeindlichen Ängstparolen und Lügenmärchen aufsitzen, die Tag für Tag von der konservativen Presse verbreitet werden. Und das alles in einer Situation, in der die Gewerkschaften mit immer härteren Auseinandersetzungen rechnen müssen, um den schwer verdienten Lebensstandard zu halten. Das alles auch zu einer Zeit, da in dem Krankenhaus, wo ich arbeite, die ersten Personalratswahlen bevorstehen, zu denen auch Mitglieder des reaktionären standesärztlichen Hartmannbundes kandidieren werden.

Daß sich entgegen der Behauptungen unseres ÖTV-Funktionärs mehr scheinbar noch so uninteressierte Kollegen aktivieren lassen, bewiesen mir eigene Erfahrungen, die ich anlässlich des 1. Mai 1977 in einem katholischen Tendenzbetrieb gemacht habe, zu dem die Gewerkschaft bis vor wenigen Monaten keinen Zutritt hatte. In diesem Haus mußten mehrere Kollegen für ihre gewerkschaftliche Betätigung mit dem Verlust ihres Arbeitsplatzes zahlen. Selbstverständlich konnte von einem Traditionsbewußtsein gewerkschaftlicher Kämpfe nicht die Rede sein. Die sogenannte "Mitarbeitervertretung" hatte, als ich meine Beschäftigung im Jahre 1974 begann, ihren letzten Kontakt zum örtlichen ÖTV-Sekretär vor 8 Jahren gehabt. Dennoch gelang es bald, etliche Kollegen zu organisieren.

Der 1. Mai ist ein traditionsreicher Kampftag der Arbeiterbewegung, an dem viele Arbeiter aus allen Nationen für ihre gerechten Forderungen ihr Leben haben müssen. Eine der herausragenden Forderungen: die Einführung des 8-Stunden-Tages. Heute eine Selbstverständlichkeit. Doch wie viele andere soziale Selbstverständlichkeiten mußte auch diese erst teuer erkämpft werden. Trotz der erfolgreichen Durchsetzung einiger Forderungen ist der 1. Mai nach wie vor nicht zur bierseligen Traditionspflege in geschlossener Gesellschaft geeignet. Auch und vor allem heute müssen die Arbeiter und Angestellten in kraftvollen Demonstrationen ihren Willen zur Durchsetzung ihrer lebenswichtigen Interessen in aller Deutlichkeit zum Ausdruck bringen. Mit der anhaltenden Krise müssen sich die Tarifaufeinandersetzungen notwendigerweise verschärfen, soll nicht die Arbeiterschaft die Zeche für die Profitsucht des Kapitals bezahlen!

Wie viele Kollegen mehr könnten erst recht in Betrieben aktiviert werden, in denen die Gewerkschaft so stark vertreten ist wie z. B. jenem Krankenhaus, in dem ich arbeite. Probleme gibt es wahrlich genug, die uns allen zu schaffen machen. Diese Probleme können wir nur gemeinsam lösen. Unter anderem dadurch, daß wir eine starke kämpferische Gewerkschaft haben, deren Führung den ihr erteilten Auftrag ernst nimmt und nicht ihren Mitgliedern und nicht über diese hinweg und neben diesen her die Lösung anzustreben versucht. Deshalb ist der 1. Mai so wertvoll. Es ist ein Tag, an dem sich die organisierte Kraft der Arbeiterschaft zeigt. Die gilt es überall zu wecken. Mit dem Versand von Broschüren und Magazinen allein ist es allerdings nicht getan!

Von einem Krankenpfleger

WAS DENKST DU ZUM 1. MAI?

JETZT AKTIV WERDEN

"Der erste Mai ist der Tag der Arbeit, Tag des Arbeiters. Es ist der einzige Tag im Jahr, der dem Arbeiter gewidmet ist. Der Tag, wo er öffentlich bei Kundgebungen mal seine Forderungen stellen kann, zumindest auf Transparenten. Für mich ist die Teilnahme an der Maikundgebung eine selbstverständliche Sache. Auf einer Arbeiterkundgebung haben nur Arbeiterlieder und Arbeiterfragen was zu suchen, doch leider hört man viel zu wenig davon.

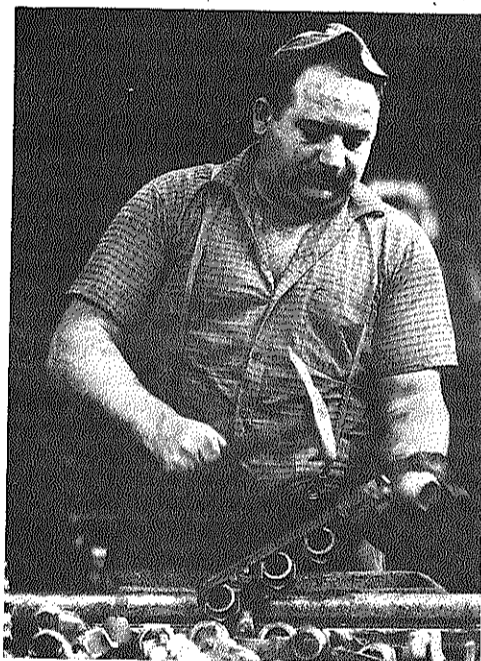
Wir müssen die Arbeiter aufmerksam machen, daß wir auch dort, wo vielleicht die Arbeitslosigkeit noch unterdurchschnittlich ist, wie hier in Remscheid, es nur noch eine Frage der Zeit ist, bis sich die Sache ändert. Deswegen müssen wir versuchen, das Schiff in eine andere Richtung zu lenken. Ehrlich gesagt, unsere Gewerkschaftsführung bläst zu oft in das gleiche Horn wie die Arbeitgeber. Es kann nicht angehen, daß eine Gewerkschaft, wo die Arbeiter die Basis sind, die kapitalistische Gesellschaft für einen 'sozialen Rechtsstaat' hält und keinen Mut hat, sich zu der einzigen Alternative zu bekennen, die nur noch für uns Arbeiter einen Sinn hat - dem Sozialismus.

Die Probleme in der Gewerkschaft sind so, daß man denkt, so kann es nicht weitergehen, aber man bringt nicht den Mut auf, es klar zu sagen. Ich habe Gewerkschaftsschulungen besucht, die auf einem guten Niveau standen. Vor dem ersten Lehrgang habe ich mich in politischem Leerraum bewegt, danach gab es für mich als Arbeiter nur noch eine Konsequenz, nämlich daß für die Arbeitnehmer die einzige Alternative der Sozialismus sein kann. So habe ich den Inhalt verstanden. Aber von Sozialismus ist bei dem Lehrgang kein einziges Wort gefallen. Schließlich ist doch die Gewerkschaft nur aus sozialistisch und marxistisch denkenden Arbeitern entstanden. Der Gewerkschaftsführung ist es viel zu un bequem, klare Aussagen zu machen. In den letzten Jahren hat es keine Fortschritte mehr gegeben. Die Lohnerhöhungen wurden knapper, Preissteigerungen, Steuern und Abgaben größer. Der Effektivlohn ist trotz Mehrleistung und Verteuerung niedriger geworden. Wir arbeiten heute intensiver und schneller als vorher, sämtliche Nebenzeiten werden ausgenutzt. Was sind denn da fünf Prozent Lohnerhöhung gemessen an der Arbeitssteigerung? Mit zehn Prozent wären wir vielleicht mit dabei gewesen.

Ich will zu diesem ersten Mai an alle Arbeitnehmer appellieren: Werdet wach, schüttelt eure Bequemlichkeit ab, tut etwas für eure Zukunft. Es muß wohl für jeden klar sein, wohin der Kapitalismus das Schiff steuert. Wie es wirklich um die Kapitalisten bestellt ist, diese Karten zeigen sie uns nicht, sie lassen uns auch nicht mitspielen. Der Arbeitgeber sieht in der Erhaltung seiner Fabrik nur einen Sinn: seinen Gewinn zu maximieren. Da ist ihm jedes Mittel recht. Er rationalisiert und setzt seine Leute "frei", das Schicksal dieser "Freigesetzten" interessiert ihn nicht. Viele Arbeitnehmer sind sich noch garnicht bewußt, daß ihre Arbeit einzig und allein dazu dient, ihre eigenen Arbeitsplätze wegzurationalisieren. Der Arbeiter baut Maschinen, die ihn selber ersetzen.

Der Kapitalist schenkt uns überhaupt nichts. Wenn das so weiter geht, könnte man sagen, daß dann nur noch ein geringer Prozentsatz der Arbeiter gebraucht wird, um dem Kapitalisten genügend Gewinn einzubringen. Um sich diesen Gewinn zu sichern, werden die Arbeitgeber eine bewaffnete Kette um sich bilden, um jede berechnete Forderung der Arbeiter abwehren zu können. Damit es nicht so weit kommt, müssen wir schon jetzt aktiv werden, um diese Tendenzen dahin zu stoppen. Wir müssen daran denken, daß sonst unsere Kinder diese Misere ausbaden müssen.

Der Kapitalist schenkt uns überhaupt nichts. Wenn das so weiter geht, könnte man sagen, daß dann nur noch ein geringer Prozentsatz der Arbeiter gebraucht wird, um dem Kapitalisten genügend Gewinn einzubringen. Um sich diesen Gewinn zu sichern, werden die Arbeitgeber eine bewaffnete Kette um sich bilden, um jede berechnete Forderung der Arbeiter abwehren zu können. Damit es nicht so weit kommt, müssen wir schon jetzt aktiv werden, um diese Tendenzen dahin zu stoppen. Wir müssen daran denken, daß sonst unsere Kinder diese Misere ausbaden müssen.



Von einem Betriebsrat

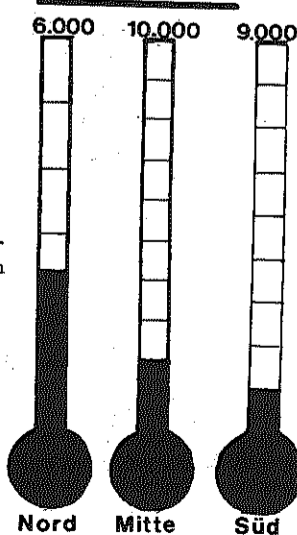
KAMPFFONDS

NICHT LOCKERLASSEN!

... in dem Bemühen, unser Kampffonds-Zwischenziel von 15.000, -- DM für die Kamera-Ausrüstung zu erreichen. Die jüngsten Tarifaufeinandersetzungen haben gezeigt, daß nur durch zähen Kampf und nicht nachlassende Bemühungen etwas zu erreichen ist. Das gilt auch für unseren Kampffonds.

Zwischen Mitte Februar und Mitte April sind insgesamt 2.257,96 einbezahlt worden. Das ist eine beachtliche Summe, die jedoch etwas unter den Eingängen der ersten 1/2 Monate liegt. Dabei ist auch ein deutliches "Nord-Süd-Gefälle" zu verzeichnen, wie die nebenstehende Tabelle zeigt. Besonders die Kollegen und Genossen südlich des "Weißwurst-Äquators" sind also aufgerufen, ihre Anstrengungen zu vervielfachen! Neben größeren Spenden von 200,- und 100,- DM aus Hamburg und Köln machen vor allem die vielen kleineren Beiträge unserer Leser eine ansehnliche Summe aus. Durch Überschüsse beim Zeitungverkauf kam Mark zu Mark. Gert Aue, IG-Metall- und SPD-Mitglied aus Hamburg, ließ uns 50,- DM zukommen, eine andere Leserin aus Hamburg spendet uns seit Monaten regelmäßig 20,- DM. Unserer Aufforderung zu einer Blutspende sind zwei weitere Leser gefolgt und haben uns 80,- DM überwiesen. Bei VORAN-Diskussionstreffen in Hamburg und Remscheid kamen ebenfalls mehrere Zehnmarkscheine zusammen. Seit Monaten erhalten wir auch aus Osnabrück regelmäßig 15,- DM für ein Förderabonnement von VORAN - zur Nachahmung empfohlen!

ZIEL FÜR 1978



DER KAMPFFONDS IST DIE STÜTZE UNSERER ZEITUNG - STÜTZEN WIR DEN KAMPFFONDS!

Postscheckkonto Angela Bankert
Postscheckamt Essen
Kontonummer 2422 50 432

Auch jeder Leser, der VORAN unterstützt oder zumindest als wichtigen Beitrag zur Diskussion in der Arbeiterbewegung ansieht, sollte dies auch finanziell zeigen und überlegen, welchen Beitrag er zur Stärkung von VORAN leisten könnte. Zum kontinuierlichen Ausbau der Zeit und brauchen wir vor allem regelmäßige Spenden auf die wir jeden Monat fest zählen können.

JUGEND OHNE ARBEIT UND ZUKUNFT ?

Im gesamten Bundesgebiet waren laut amtlicher Statistik Mitte 77, 100 000 Jugendliche arbeitslos. Der Bundesjugendring spricht für diesen Zeitpunkt von 300 000 arbeitslosen Jugendlichen und kritisiert, daß in der amtlichen Statistik viele Schulabgänger und allein 40 000 ausländische arbeitslose Jugendliche nicht erscheinen. Die Internationale Arbeitsorganisation (IAO) gab im März 77 bekannt, daß es in den 23 reichsten westlichen Industrienationen sieben Millionen arbeitslose Jugendliche gebe.

Mit Zahlen und Statistiken läßt sich bekanntlich manipulieren. Ob wir in der BRD nun 100 000 oder 300 000 arbeitslose Jugendliche haben; jeder Arbeitslose ist einer zuviel!

Denn Arbeitslosigkeit bedeutet für jeden Raub eines existenziellen Rechts, Verschlechterung der materiellen Situation und der psychischen Verfassung.

Viele Jugendliche werden arbeitslos, weil sie nach abgeschlossener Lehre nicht in ein Arbeitsverhältnis übernommen wurden. Wer im Handwerk oder im Einzelhandel bisher eine Lehrstelle erhalten hatte, der erhielt meist keine Weiterbeschäftigung in seinem erlernten Beruf oder der Lohn war so niedrig, daß ein Berufswechsel oder eine Hilfsarbeiterbeschäftigung vorgezogen werden mußte.

Heute finden Jugendliche, die aus diesen Bereichen entlassen werden, oft überhaupt keine Arbeitsstelle.

Rund 40% der arbeitslosen Jugendlichen haben eine abgeschlossene Berufsausbildung. Der Großteil aber hat keinen Beruf. Das sind diejenigen Jugendlichen, die in den vergangenen Jahren schon keine Lehrstelle erhielten und nach ein oder mehreren Jahren heute wieder auf der Straße stehen oder sogar mit ihrer Schulentlassung arbeitslos sind.

Bei der heutigen Massenarbeitslosigkeit können sich die Unternehmer die qualifiziertesten Leute raussuchen, so daß auch die 28% der jugendlichen Arbeitslosen, die keinen Hauptschulabschluß haben, ewig auf der Strecke bleiben. Wer nach der Schule arbeitslos wird, hat außerdem keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung. Man kann sich leicht vorstellen, daß in vielen Familien, in denen die Eltern auch noch einen 16- oder 17-jährigen Sohn oder Tochter mitunterhalten müssen, der Lebensstandard drastisch ange-

griffen wird, zumal der Reallohn in den letzten Jahren für die meisten Arbeitnehmer gesunken ist.

Durch Produktionseinschränkungen und Rationalisierungen vernichten die Kapitalisten immer mehr Arbeitsplätze. Das Institut der deutschen Wirtschaft geht davon aus, daß bei einer durchschnittlichen Produktionssteigerung von 2% bis 1982 2,2 Millionen Arbeitnehmer durch Rationalisierung ihren Arbeitsplatz verlieren. Ein Ende der Massenarbeitslosigkeit ist unter diesen gesellschaftlichen Bedingungen ausgeschlossen.

Lehrstellenmangel

Wenn Arbeitskräfte zunehmend überflüssig werden, haben die Unternehmer auch ein geringeres Interesse, den Jugendlichen eine qualifizierte Ausbildung zu geben. Während das Handwerk Jahr für Jahr noch mehr Lehrlinge einstellte, verringerten Industrie und Handel ihr Lehrstellenangebot ständig. Unterm Strich hat sich die Lehrstellenkapazität von 1955 bis 1977 um 50% um 1,5 Mio. reduziert.

1976 und 1977 hat sich das Lehrstellenangebot erstmals wieder erhöht. Allerdings nicht deshalb, weil die Unternehmer plötzlich Mitleid haben mit den Schulabgängern oder weil sie den Drang haben, Fähigkeiten und Interessen der Jugendlichen zu fördern. Vielmehr ist die Erhöhung der Lehrstellen darauf zurückzuführen, daß Lehrlinge noch billiger, oft gehorsamer und sogar staatlich bezuschufte Arbeitskräfte geworden sind.

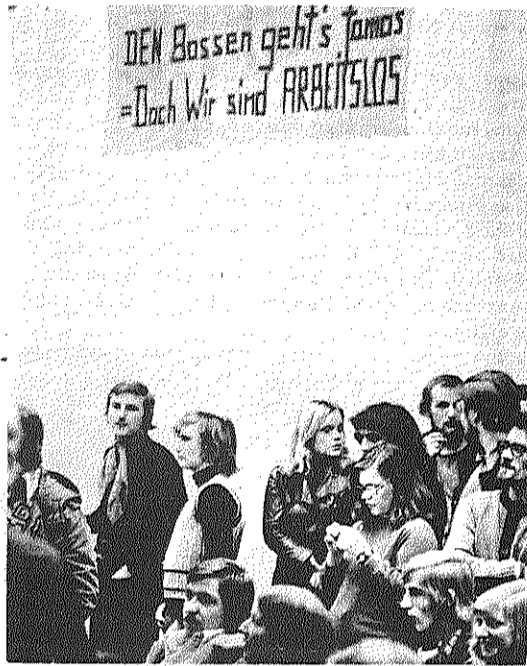
Das Land Baden-Württemberg gab 1977 47,8 Mio. DM für die Förderung von Ausbildungsplätzen aus. 1977 erhielten die Unternehmer für zusätzliche Ausbildungsplätze wieder zusätzliche Prämien von 5 000 bis 8 000 DM. So werden öffentliche Gelder den Unternehmern zugeschanzt.

Wenn hier auf diese Weise zusätzliche Lehrstellen geschaffen werden, dann kann noch lange nicht die Rede davon sein, daß Jugendliche eine qualifizierte Berufsausbildung erhalten, geschweige denn, daß dadurch die Jugendarbeitslosigkeit beseitigt wird.

Viele Lehrlinge werden nach einer mehr oder weniger schlechten Berufsausbildung wieder auf der Straße stehen. Die wenigsten werden von ihrem Ausbildungsbetrieb in ein festes Arbeitsverhältnis über-

nommen werden oder überhaupt einen Arbeitsplatz entsprechend ihres Berufsabschlusses erhalten.

- MIT DIESEM ZUSTAND MUSS ENDLICH SCHLUSS GEMACHT WERDEN !!!
- EINEN GARANTIERTEN AUSBILDUNGSPLATZ FÜR JEDEN SCHULABGÄNGER UND EINEN QUALIFIZIERTEN ARBEITSPLATZ FÜR ALLE AUSGELERNTEN AUSBILDENDEN !
 - SCHLUSS MIT DER ARBEITSLOSIGKEIT
 - FÜR ARBEITSZEITVERKÜRZUNG, VERTEILUNG DER VORHANDENEN ARBEIT AUF ALLE.
 - FÜR DIE 35-STUNDEN-WOCHEN BEI VOLLEM LOHNAUSGLEICH.
 - STOP MIT DEN SUBVENTIONEN UND PRÄMIEN AUS ÖFFENTLICHEN MITTELN AN DIE UNTERNEHMER.



Materielle Lage

Am Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung wird der Wahnsinn der kapitalistischen Krise offenbar. Während einerseits in der Industrie weniger produziert wird, Maschinen stillstehen, Material auf Halde liegt und über eine Million Menschen in der BRD arbeitslos sind, erleben wir andererseits ei-

ne mehr oder weniger drastische Senkung unseres Lebensstandards. Weil die vorhandenen Ressourcen also nicht ausgenutzt werden, können wir uns weniger leisten.

Unter den Jugendlichen sind diejenigen, die sofort nach der Schule arbeitslos werden, am härtesten betroffen. Sie erhalten keine Arbeitslosenunterstützung und keine Sozialhilfe. Sie müssen von ihren Eltern unterhalten werden und sind so voll von ihnen abhängig.

Wir fordern deswegen:

- FÜR JEDEN JUGENDLICHEN IN AUSBILDUNG EINE AUSBILDUNGSBEIHILFE VON 700 MARK MONATLICH. DIESER BETRAG MUSS MINDESTENS UM DIE JÄHRLICHE PREISSTIEGERUNGSRATE ERHÖHT WERDEN.
- KOSTENLOSE BEFÖRDERUNG ALLER JUGENDLICHEN IN AUSBILDUNG IN ÖFFENTLICHEN VERKEHRSMITTELN.
- FÜR JEDEN BERUFSTÄTIGEN JUGENDLICHEN AB 18 EINEN GARANTIERTEN MINDESTLOHN VON NETTO 1400.- DM.

Wie reagieren die Betroffenen?

Jugendarbeitslosigkeit, Leistungsdruck im Betrieb und verstärkter Konkurrenzkampf und Disziplinierung verschlechtern nicht nur die psychische Verfassung der Jugendlichen.

Viele sehen den einzigen Ausweg in der Flucht in Alkoholismus, Drogenkonsum, Randalieren und kriminelle Handlungen.

So wurden in Baden-Württemberg 1976 13,5% mehr Heranwachsende zwischen 18 und 21 Jahren wegen schwerer Körperverletzung verurteilt.

Wegen schweren Diebstahl machten sich ebenfalls 13% mehr schuldig als 1975. 60% aller wegen Einbruchs und Diebstahl Verurteilten waren unter 21.

In der Bundesrepublik starben 1976 325 Menschen durch Rauschgiftmißbrauch. Jedes Jahr bringen sich mehr Jugendliche um, wegen schlechter Noten oder Arbeitslosigkeit. Das Ausbreißertum nimmt stark zu.

Die verantwortlichen Stellen, angefangen bei den Jugend- und Sozialämtern bis zu der Regierung reagieren auf diese Folge der kapitalistischen Krise ratlos und beschränken sich darauf, an den Symptomen herumzupfuschen, nicht aber die Ursachen der Misere anzugehen. So gibt es in Frankfurt eine spezielle Jugendpolizei zur Bekämpfung der Jugendkriminalität. In Berlin will man das Rauschgiftproblem dadurch bekämpfen, daß kostenlose relativ schwache Ersatzdrogen (Tabletten) ausgegeben werden und die Zwangseinweisung zu Entziehungskuren leichter durchgeführt werden kann. Diese Maßnahmen gehen aber total an der Lösung des Problems vorbei!

Die Lösung kann nur lauten: VERBESSERUNG DER ALLGEMEINEN LEBENSBEDINGUNGEN!

Damit wir das Problem Jugendarbeitslosigkeit endlich beseitigen können, müssen die bisher genannten Forderungen verbunden werden mit den Forderungen:

- ÜBERFÜHRUNG DER GROSSKONZERNE, BANKEN UND VERSICHERUNGEN IN GEMEINEIGENTUM
- VERWALTUNG UND KONTROLLE DIESER BETRIEBE DURCH AUFSICHTSRÄTE, DIE ZU JE EINEM DRITTEL AUS VERTRETERN DER BETROFFENEN BELEGESCHAFT, DER REGIERUNG UND DES DGB BESTEHEN.

Wir wollen keinen Bürokratismus, sondern eine lebendige sozialistische Demokratie. Deshalb:

- JEDERZEITIGE ABWÄHLBARKEIT SÄMTLICHER GEWÄHLTER VERTRETER DURCH IHRE WAHLBASIS.
- KEIN GEWÄHLTER VERTRETER DARF MEHR VERDIENEN ALS EINEN DURCH SCHNITTLICHEN FACHARBEITERLOHN DAMIT SEIN LEBENSSTIL NICHT BESSER IST, ALS DER SEINER WÄHLER.

Gemeineigentum an Produktionsmitteln unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung ergibt die Grundlage dafür, daß unter Anwendung und Weiterentwicklung wissenschaftlicher Erkenntnisse und ohne Verschwendung gesellschaftlicher Mittel die Produktion und das gesamte gesellschaftliche Leben nach den Bedürfnissen der Bevölkerung ausgerichtet wird. Nicht nur materielle Bedürfnisse könnten dann voll befriedigt werden, sondern auch das Bedürfnis nach einer gesunden Umwelt, nach besserer Kommunikation, nach Bildung, nach humanen Arbeitsbedingungen, nach freier Entfaltung der individuellen Fähigkeiten und nach Selbstbestimmung.

Jürgen Michel
Vorsitzender der Juso AG Crailsheim

JUSOS HESSEN-NORD

Rainer Jäger

So charakterisierte ein Delegierter die Ergebnisse der Bezirkskonferenz der Jungsozialisten Hessen-Nord, welche am 4. bis 5. März 1978 stattfand. Diese Kritik ist nicht ganz unzutreffend, denn die Diskussion auf der Konferenz war in der Tat nicht geeignet, Perspektiven aufzuzeigen, die die Jusos aus ihrem derzeitigen Tief herausführen könnten.

Als positiv muß zunächst einmal jedoch das Thema der Konferenz bewertet werden: Im Vordergrund der Diskussion standen die Probleme der Basisarbeit. Die Wahl dieses Themas beweist, daß die im Bezirk Hessen-Nord vorherrschenden "Reformisten" (Malenter Kreis) wenigstens schon einmal das Problem erkannt haben - wenn sie auch nicht in der Lage sind, Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

So hielt beispielsweise Gastredner Otmär Schreiner (gescheiterter Kandidat für den Juso-Bundesvorsitzenden) ein Referat, in dem er teilweise sehr richtige Sachen sagte - wie zum Beispiel, daß der Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit absoluter Schwerpunkt der Juso-Aktivitäten sein mußte, und daß dies ein bißchen mehr voraussetzt als bloß den Willen. Schreiner: "Die Jungsozialisten verfügen über keine alternative Konzeption und beschränken sich weitgehend auf das Nachplappern von kurzfristigen gewerkschaftlichen Forderungen... woran es aber ganz unterschieden fehlt, ist eine theoretische Globalkonzeption... es fehlt eine einigermaßen brauchbare Analyse weltwirtschaftlicher Zusammenhänge und ihrer Auswirkungen auf die Bundesrepublik... und es fehlt erst recht an überzeugenden demokratisch-sozialistischen Antworten, die das analytische Wissen um diese Zusammenhänge einbezieht."

Diese Aussagen sind natürlich alle sehr richtig, nur fehlt ihnen die praktische Konsequenz, die man von einer "reformistischen" Position aus auch gar nicht sehen kann, wenn man diese Position nicht aufgeben will. Die anschließende Diskussion bewies dies nur zu deutlich. So waren viele Delegierte nicht einmal bereit, wenigstens über die von Schreiner

Selbstkritik ohne Konsequenzen

geforderten alternativen Konzeptionen (z. B. das Konzept der Zeitung VORAN) zu diskutieren, sondern forderten lediglich den Austausch von praktischen Erfahrungen, wie man den Jugendlichen für die Mitarbeit bei den Jusos interessieren könne. Dabei kamen dann Tips, wie z. B. man müsse Kinderspielnach-

Situation, daß die "Malenter" zwar verbal eine Neuorientierung der Jusos fordern, praktisch darüber aber nicht einmal diskutieren wollen. Das oben aufgeführte Zitat eines enttäuschten Genossen, scheint die Situation im Bezirk Hessen-Nord also garnicht so schlecht zu beschreiben. Allerdings sollte man die

VORSCHLÄGE FÜR PRAKTISCHE JUSO-ARBEIT BEI STREIKS UND AUSSPERRUNGEN:

1. Ein erster Schritt wäre Streikposten aufzusuchen, in Streiks- oder Aussperrungslöke zu gehen und mit den Gewerkschaftern ins Gespräch zu kommen. Unsers Aufgabe muß es in erster Linie sein aus den Erfahrungen der Arbeiter zu lernen und nicht, wie es die K-Gruppen machen, die mit ihrem Gerede die Arbeiter völlig überfahren.
2. Solidaritätsbekundungen an Gewerkschaftsbüros schicken. Auch Falken, SPD-Ortsvereine usw. aktivieren, damit die Arbeiter spüren, daß sie mit ihren Forderungen nicht allein stehen.
3. Interviews mit Gewerkschaftern für Juso- oder SPD-Zeitung machen.

Die Informationen von Rundfunk, Fernsehen und Zeitungen sind meistens sehr spärlich und teilweise auch verfälscht. Die Informationen eines direkt am Streik Beteiligten sagen viel mehr aus als alle Massenmedien

mittage organisieren, öffentliche Kaffeetrinken veranstalten, Spielplätze bauen, für Schüler Hausaufgabenbetreuungen durchführen usw. Der bei den Jusos zu beobachtende Mitgliederschwund wurde so auf eine rein pragmatische, d. h. "macherische" Ebene reduziert. Daß dies vor allem auch eine Frage der Inhalte von Juso-Politik ist, wollten viele Delegierte nicht einsehen. Diese meinten stattdessen, wenn die Jusos nur eine ordentliche Sozialarbeit leisten würden, würden sich die Probleme schon (fast) von selbst lösen. Somit ergibt sich die widersprüchliche

(Klassenmedien).

4. Plaketten und Aufkleber von der Gewerkschaft verkaufen und auch eigene herstellen lassen.

Bei Infoständen der Gewerkschaften helfen und evt. eigene Infostände organisieren. Mithelfen die Streikzeitungen in der Bevölkerung zu verteilen.

5. In der Bevölkerung für Streikkasse sammeln, bei Sammlungen kann man erkennen, wie groß die Solidarität zu den Streikenden in der Bevölkerung ist.

6. Auch bei Streikversammlungen kann man viel über den Ablauf des Streiks und über Probleme der Streikenden erfahren (wie finanzielle Schwierigkeiten, Streikbrecher...)

7. Eigene Flugblätter zum Arbeitskampf entwerfen und vor den örtlichen Betrieben und im Stadtzentrum verteilen, sowie Solidaritätsversammlungen veranstalten und die Kollegen aus allen örtlichen Betrieben einladen, alle Kontaktadressen anschreiben, um eine größtmögliche Solidarität für die Streikenden zu erreichen.

Lage auch nicht in einem zu trüben Licht schildern, denn erfreulicherweise gelang es den Delegierten des Unterbezirks Waldeck-Frankenberg einen Antrag durchzubringen, der den im Arbeitskampf stehenden Kollegen der Druckindustrie nicht nur in Worten moralische und finanzielle Solidarität verspricht, sondern die Unterbezirke und Arbeitsgemeinschaften auf konkrete, praktische Solidarität (d. h. direkte Kontaktaufnahme und Anbieten jeder möglichen Hilfe) verpflichtet. Bleibt zu hoffen, daß dieser Antrag nicht nur ein Stück Papier bleibt!

ARBEITSZEITVERKÜRZUNG

Seit den Ursprüngen des ersten Mai in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts war und ist das Thema Arbeitszeitverkürzung eine der zentralen Fragen der Arbeiterbewegung.

Seither hat die Arbeiterbewegung vieler Länder den 8-Stunden-Tag errungen. Aber der Kampf der Veteranen der Arbeiterbewegung vor knapp 100 Jahren ist heute so aktuell wie damals. Denn auch heute sehen wir weltweit auf der einen Seite ein Millionenheer von Arbeitslosen, denen ein Recht auf Arbeit nicht zugestanden wird; und auf der anderen Seite eine Masse der Arbeitenden, die mehr als acht Stunden täglich arbeiten. Viele Kollegen sind zu Überstunden gezwungen, weil der normale Lohn nur zum Überleben der Familie ausreicht würde, und nicht mehr. Viele erleben auch, wie Jahr um Jahr die Arbeitshetze und -intensität größer geworden ist.

Die Kollegen in der Automobilbranche, um nur ein Beispiel zu nennen, haben in den letzten Jahren selbst gespürt, was es heißt, den Schwankungen und Wechselbädern des kapitalistischen Marktes ausgesetzt zu sein. Innerhalb kurzer Zeit mußten sie umstellen von Kurzarbeit mit entsprechenden Lohnnebenbußen auf Überstunden und Sonderschichten mit dem entsprechenden Freizeitverlust. Und es ist nur eine Frage der Zeit, bis dort der Absatz wieder ins Stocken kommt und Entlassungen und Kurzarbeit anstehen und unverkaufte Automobile auf Halde stehen.

Die 10 000 Teilnehmer einer Belegschaftsversammlung bei Opel in Rüsselsheim vor gut einem Jahr haben daraus eine Konsequenz gezogen: Sie forderten einstimmig die Einführung des 7-Stunden-Tages bzw. der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Diese Forderung wurde beim Gewerkschaftstag der IG-Metall in Düsseldorf im letzten September mit Mehrheit verabschiedet.

Seitdem wir in der Bundesrepublik Massenarbeitslosigkeit haben und abzusehen ist, daß sich dies in den nächsten Jahren nicht ändern wird, ist die Diskussion um die Arbeitszeitverkürzung wieder aufgeflammt. Es gibt auch gewerkschaftliche Berechnungen, nach denen durch eine Senkung der allgemeinen Arbeitszeit um wenige Stunden und Aufteilung der vorhandenen Arbeit auf alle die Arbeitslosigkeit ausgerottet werden könnte.

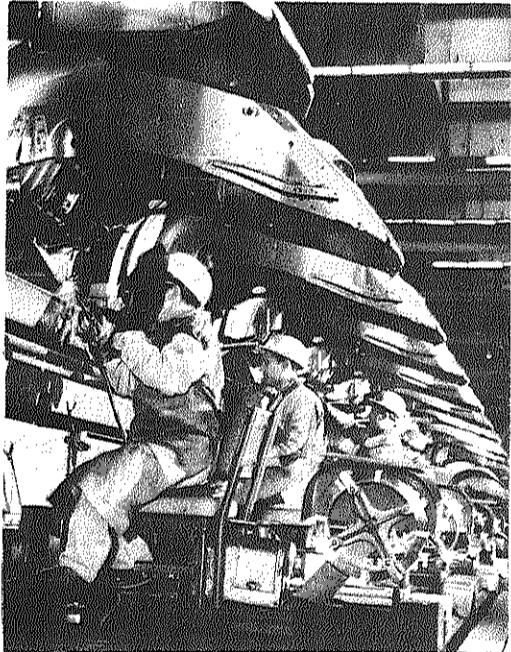
Zur Senkung der Arbeitszeit gibt es verschiedene Möglichkeiten: Senkung der Wochenarbeitszeit (etwa durch 35-Stunden-Woche), Senkung der Jahresarbeitszeit (6 Wochen Mindesturlaub für alle) und Senkung der Lebensarbeitszeit (Herabsetzung des Rentenalters auf 60 Jahre und Verlängerung der Schulzeit).

GESUNDHEIT UND LEBEN

Alle diese Vorschläge sind in der einen oder anderen Form schon in den Gewerkschaften gemacht worden bzw. Bestandteile von Programmen und feste aktuelle Forderungen.

Die Herabsetzung der täglichen und wöchentlichen Arbeitszeit wäre ein wichtiger Fortschritt für jeden. Vom gesundheitlichen Standpunkt ist die tägliche Kurzzeiterholung am wichtigsten. Bei 8- oder 10stündiger schwerer Arbeit braucht man meistens Stunden, um nach Feierabend wieder Mensch zu sein, und dann bleibt vom Rest des Tages nicht mehr viel übrig. Viele sterben ohnehin schon vor der Pensionierung und lassen schon in jungen Jahren ihre Gesundheit auf der Strecke. Wir wollen jetzt leben, mehr Freizeit, mehr Selbstverwirklichung, mehr Zeit für Familie, Hobbies und Weiterbildung.

Jeder hat im Schnitt 25 Urlaubstage im Jahr. Davon fallen aber gleich ein paar Tage weg für Erledigungen, Familienangelegenheiten, Gänge zu Behörden und ähnliches. Und die volle Lohnfortzahlung beim Arztbesuch ist immer noch keine Selbstverständlichkeit. Manche Kollegen müssen selbst im Urlaub noch eine andere Arbeit aufnehmen, weil sonst das Geld nicht reicht. Und diejenigen, die sich eine echte Urlaubsreise leisten können, merken immer wieder, daß der Urlaub viel zu kurz ist. Man braucht Tage, um erst einmal richtig abschalten zu können, und bis die eigentliche Erholung anfängt, muß man schon wieder die Koffer packen. Deshalb sind ein bezahlter Mindestjahresurlaub von sechs Wochen und mehr bezahlte Freistunden für Arztbesuche und Behördengänge einfach notwendig.



Es ist erwiesen, daß bestimmte Gruppen von Arbeitern eine unterdurchschnittliche Lebenserwartung haben (Bergarbeiter, Müllarbeiter, Chemiarbeiter, Schichtarbeiter und viele mehr). 55- bis 60jährige Akkordarbeiter müssen im Vergleich zu jungen Kollegen die drei- bis vierfache Energiemenge aufwenden für die gleiche Arbeit. Und gerade diese Generation hat von der Wiege an nichts anderes erlebt als Krieg, Hunger, Not und Entbehrung, sie haben die Erhöhung des Le-

bensstandards nach dem Krieg mit viel Schweiß und teilweise mit ihrer Gesundheit bezahlt. Die verlorene Gesundheit läßt sich nicht mehr wieder einfangen. Deshalb ist es nur verständlich, daß man diesen Kollegen allgemein das Rentenalter senkt, damit sie wenigstens noch zum Lebensabend ein klein wenig zum "Leben" kommen. Und daß man ihnen für immer die Sorgen um ihre Renten nimmt und jedem eine Mindestrente garantiert, bei der man nicht jeden Pfennig dreimal umdrehen muß, bevor man ihn ausgibt.

Jetzt wird mancher, der dies liest, wohl sagen - recht und gut, aber es stellen sich doch zwei Probleme:

ARBEITSHETZE

Was nützt uns eine Arbeitszeitsenkung, wenn wir danach in weniger Zeit so viel wie vorher, das heißt noch intensiver und unter mehr Druck arbeiten müssen?

Und wie sollen wir diese Ziele durchsetzen?

Viele ältere Kollegen werden berichten können, daß sie heute bei einer 40-Stunden-Woche intensiver arbeiten und nach Feierabend kaputter sind als früher bei 48-Stunden-Woche. Und eine Arbeitszeitverkürzung ohne den vollen Lohnausgleich wäre nichts anderes als staatlich verordnete Kurzarbeit. Kein Unternehmer würde freiwillig die Arbeitszeit bei Lohnausgleich senken und dafür mehr Arbeitskräfte einstellen, weil jeder zusätzliche Beschäftigte einen Mehraufwand an Sozialabgaben bedeutet.

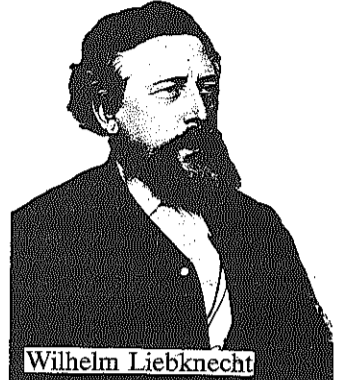
GENAU SO WIE DAMALS

Solche Gedanken sind aber nicht erst in den letzten Jahren aufgekommen. Im Jahre 1885 verfasste der führende Sozialdemokrat Wilhelm Liebknecht eine Artikelserie zum Thema Normalarbeitstag. In jenem Jahr brachte die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag einen Arbeiterschutz-Gesetzentwurf ein, dessen Kernpunkt die Forderung nach gesetzlich auf zehn Stunden begrenzter täglicher Arbeitszeit war. Diese Schrift ist heute so aktuell wie damals. Wer sie durchliest und mit den heutigen Gegebenheiten vergleicht, wird merken, daß der heutige Kapitalismus sich in nichts grundlegendem vom damaligen unterscheidet. Liebknecht schrieb damals:

"Zunächst ist es ein Irrtum, daß ein Fabrikant, der jetzt hundert Arbeiter bei 11stündiger Arbeit beschäftigt, nach Einführung des 10stündigen Normalarbeitstages... genötigt sein würde, zehn neue Arbeiter zu engagieren... Das englische Parlamentsmitglied Ferrand erklärte am 27. April 1863 im Unterhaus: 'Arbeiterdelegierte von 16 Distrikten Lancashires und Cheshires, in deren Auftrag ich spreche, haben mitgeteilt, daß die Arbeit in den Fabriken beständig wachse. Statt wie früher eine Person mit Gehilfen zwei Webstühle bediente, bedient sie jetzt drei ohne Gehilfen, und es ist garnichts ungewöhnliches, daß eine Person vier bedient. Zwölf Stunden Arbeit werden jetzt in weniger als zehn Arbeitsstunden gepresst...'

... Nicht nur hat die kapitalistische Produktion die Tendenz und Kraft, eine gleiche Summe von Arbeit in immer kürzerer Arbeitszeit zusammenzupressen, sie hat auch die weitere Tendenz, immer mehr Arbeiter überflüssig zu machen, so daß sich uns das scheinbar widerspruchsvolle Schauspiel darbietet: bei gesteigerter Produktion Überflüssigwerden von Arbeitern..."

Wilhelm Liebknecht belegt diese Aussagen mit viel Zahlenmaterial. Viele, die diesen Artikel lesen, werden dies wohl auch aus eigener Erfahrung bestätigen können.



Wilhelm Liebknecht

Liebknecht beläßt es jedoch nicht bei der Darstellung dieser Entwicklungen. Er packt das Problem an der Wurzel: "Gegen die Krisen und Arbeitslosigkeit ist der Normalarbeitstag ohnmächtig. Diese Hauptschrecknisse des Arbeiters haben mit der Länge des Arbeitstages garnichts zu tun. Sie entspringen aus dem innersten Wesen der Privatproduktion und des Kapitalismus und werden bestehen, solange diese bestehen. Sie entspringen aus der Unfähigkeit der Privatproduktion, den Markt zu überschauen und Konsumption (Verbrauch, d. Verf.) und Produktion in Harmonie zu bringen. Selbst bei staatlicher Überwachung... würde diese Unfähigkeit fortdauern, denn die Überwachung kann unmöglich so weit gehen, daß jedem Kapitalist vorgeschrieben wird, was und wieviel er zu produzieren hat. Eine solche Kontrolle verträgt sich nicht mit dem Bestand der Privatproduktion und wäre gleichbedeutend mit deren Vernichtung!"

Diese Schlussfolgerungen Liebknechts sind auch unsere. Auch heute haben wir eine gesetzliche Arbeitszeitordnung, deren Einhaltung aber von niemandem echt kontrolliert werden kann. Es ist wohl möglich, schon im Kapitalismus für eine Arbeitszeitverkürzung zu kämpfen und Erfolge zu erreichen. Die Kehrseite davon sind jedoch verschärfte Arbeitshetze und versteckte Angriffe auf den Lohn. Und Reformen sind nie stabil und dauerhaft, solange die Industrie in Privathänden ruht und wir nicht selbst über solche Maßnahmen die Kontrolle ausüben können. Die technische Revolution schafft die Voraussetzungen dafür, daß die Menschheit bei weniger Arbeitseinsatz mehr produzieren und ihre Bedürfnisse noch besser befriedigen kann. Um dies aber voll zur Geltung zu bringen, müssen wir die Betriebe dem Besitz und der Verfügung der einzelnen Kapitalisten entreißen und gemeinsam über Planung und Produktion kontrollieren. Erst dann kann jeder einen garantierten Arbeitsplatz finden und wird man die Arbeitszeit Schritt um Schritt senken können bei gleichzeitiger Anhebung des Lebensstandards und immer größerer Selbstverwirklichung des Menschen.

Hans-Gerd Öfinger
Mitglied der IG Druck und Papier

OLAF MEINDL

SPD UND REFORMEN

Viele Arbeiter und Jugendliche werden sich noch zurückerinnern können an das Jahr 1972. Viele denken zurück an eine Zeit, da es einen riesigen Zustrom zur SPD gab und sie mit fast 46 % ihren größten Wahlsieg in der Geschichte erringen konnte. Die Millionen Menschen, die damals begeistert SPD wählten, erwarteten die Durchführung längst überfälliger und dringlicher Reformen.

Inzwischen haben wir seit 8 1/2 Jahren eine sozialdemokratisch geführte Regierung, und seit der Wahl 1972 sind auch schon 5 1/2 Jahre vergangen. Die Reformen sind ausgeblieben, an allen Ecken und Enden macht der Rotstift Politik, unser Lebensstandard ist angeknaggt.

Das Ansehen der Partei in der Bevölkerung ist erheblich gesunken, manche Mitglieder sind schon längst nicht mehr aktiv oder gar ausgetreten.

Wir mußten in den letzten Jahren mitansehen, wie Weltwirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit alle früheren Hoffnungen auf eine bessere Zukunft zunichte machten. Die Reaktion der Parteiführung? Gürtel enger schnallen, dem Kapital ja nicht zu nahe treten, den "Aufschwung" abwarten. "Wir stehen mit einer gewissen Ohnmächtigkeit der Arbeitslosigkeit gegenüber." (Hans Apel im November 1977).

Für uns kann es nicht in Frage kommen, der heiligen Kuh Kapitalismus alle Reformen zu opfern. Vollbeschäftigung wird ein Fremdwort bleiben, und bei der nächsten internationalen Krise müssen wir sogar mit über 2 Millionen Arbeitslosen rechnen!

Wer in dieser Situation grundlegende Reformen und tatsächliche Verbesserungen für die breite Masse wirksam und dauerhaft durchsetzen will, ohne das Privateigentum an Industrie und Banken anzutasten, lebt in einer Traumwelt.

"Wir unterstützen alle der Arbeiterklasse nützenden Reformen. Da aber das Durchführen des SPD-Reformprogramms von dem unkontrollierten und unkontrollierbaren Lauf der Wirtschaftsordnung abhängig gemacht worden ist, warnen wir davor, daß die "kleinen Schritte" auch mal nach hinten getan werden können, wenn die Mitglieder der SPD und der Gewerkschaften ihren Willen und Klasseninteressen in der Partei nicht durchsetzen.

Im Jahre 1974 - oder - spätestens 1975 - findet ein schwerer wirtschaftlicher Rückgang statt, der alle in Angriff genommenen Reformen unmöglich zu machen droht.

- Deshalb kann unsere Antwort nur lauten: Kein Abstrich an den bisherigen Reformzielen! Kein Abbau mühsam erkämpfter Sozialleistungen!
- Wenn die Kapitalisten nicht mal mehr bereit und fähig sind, die notwendigsten Reformen zu finanzieren, dann schießt sie in Pension!
- Für die Durchsetzung des vollen Reformprogramms auf der Grundlage der Verstaatlichung der Großkonzerne, Banken und Versicherungen unter Arbeiterkontrolle.

Die SPD ist seit 100 Jahren die Massenpartei der deutschen Arbeiterbewegung. Wenn SPD- und Gewerkschaftsführer mit aller Kraft breit für die Durchsetzung aller Reformen und einen Bruch mit dem Kapital mobilisieren würden, wäre ein absoluter SPD-Wahlsieg sehr wohl möglich.

- Für die Aufkündigung der Koalition mit der FDP, der kleinen Partei des großen Kapitals!
- Für eine absolute Mehrheit der SPD auf der Grundlage eines sozialistischen Programms.

WER HAT RECHT BEHALTEN ?

VORAN vertritt konsequent die Ansicht, daß auch ein bescheidenes Reformprogramm unter solchen Umständen nur dann durchzuführen ist, wenn die Hebel der wirtschaftlichen Macht, das heißt die Schlüsselindustrien und das Bankwesen, in Staatshänden ruhen und durch die organisierten Arbeiter und Angestellten verwaltet und kontrolliert werden".

VORAN NR. 1 DEZEMBER 1973

Diese kühlen und realistischen Warnungen von uns wurden damals noch von fast allen Sozialdemokraten und Jungsozialisten in den Wind geschlagen. Die Warnungen vor

einer hereinbrechenden kapitalistischen Weltwirtschaftskrise mit all ihren schweren Auswirkungen auf den Lebensstandard der Arbeiter und die errungenen Sozialreformen wurden abgetan als Zweckpessimismus und Unkenrufe. Damals konnten wir aus dem Munde unserer Parteiführer nur überschwungliche optimistische Worte hören.

Wir wollen nicht auf bessere Zeiten warten, bis vielleicht einmal am Sankt Nimmerleinstag die schon vor Jahren versprochenen Reformen kommen. Darum gilt es jetzt, die Konsequenzen zu ziehen.

FRANKREICH VOR 10 JAHREN: CHANCE VERPASST

IN DIESEM MAI 1978 SIND ES GENAU 10 JAHRE HER SEIT DER GRÖSSTEN STREIKBEWEGUNG DER FRANZÖSISCHEN GESCHICHTE. DAMALS WAREN DIE "MAI-EREIGNISSE" SCHLAGZEILEN DER WELTPRESSE.

Auch in den letzten Monaten war Frankreich im Blickpunkt - wegen der Parlamentswahlen, die den Parteien der Linken einen Stimmenzuwachs brachten, jedoch eine absolute Mehrheit von Sozialistischer und Kommunistischer Partei verhinderten. In den kommenden Monaten werden in Frankreich wieder viele Streiks stattfinden. Angesichts dieser bevorstehenden Kämpfe ist es angebracht, einen Blick zurückzuwerfen auf den "Mai '68", und zu versuchen, Lehren aus diesen Erfahrungen zu ziehen.

Damals hielt die ungeheure Kampfbereitschaft der französischen Arbeiter die Welt in Atem. Auf dem Höhepunkt der Bewegung hielten 11 Millionen Arbeiter und Angestellte (bei einer Gesamtzahl von 15 Millionen, von denen nur 2,3 Millionen gewerkschaftlich organisiert waren) ihre Betriebe besetzt. Nicht nur fast alle Industriebetriebe, auch Theater, Bauernhöfe, Banken, Bahnhöfe, Schulen, Universitäten, Hotels, Kaufhäuser, Regimentsdienststellen und Schiffe waren weitgehend lahmgelegt oder übernommen worden. Arbeiter-, Bauern- und Studentenkomitees waren überall wie Pilze aus dem Boden geschossen. Fernseh- und Rundfunksender befanden sich unter Kontrolle der dort Beschäftigten. Armee, Marine und Polizei waren angesteckt und wurden als total "unzuverlässig" bezeichnet. Die staatlichen Machtorgane des Kapitals waren lahmgelegt, das Staatsoberhaupt de Gaulle war unauffindbar verschwunden. Wie schon im Jahre 1936 - während der riesigen Welle von Sitzstreiks, als Matrosen und Soldaten bei Arbeiterdemonstrationen mitmarschierten und die Internationale sangen - hätte die Arbeiterklasse in dieser Situation auf vollkommen friedliche Weise die Macht erobern können. Aber... was geschah tatsächlich? Weshalb war das Regime wenige Wochen später wieder fest im Sattel?

Anfang der Kämpfe

Seit dem Kriegsende 1945 hatte Frankreich eine riesige Industrialisierungswelle erlebt. Innerhalb von 10 Jahren hatte sich die Anzahl der Leute mit Autos, Fernsehern, Kühlschränken und einem Haus auf dem Lande rapide erhöht, jedoch verschleierte das glänzende, verchromte Modell-Frankreich von 1968 ein großes Ausmaß wirklichen Elends... 5-6 Millionen Franzosen leben nahe des Existenzminimums. Ein Viertel der Arbeiter verdienen weniger als 150 Francs pro Woche. Arbeitslosigkeit - von der wahrscheinlich mehr als 500 000 betroffen sind - und Kurzarbeit sind neue, fremde Erscheinungen in einem Land, das 30 Jahre lang nur Vollbeschäftigung gekannt hatte, berichtete mitten im Generalstreik die englische Zeitung "The Observer".



Am 1. Mai demonstrierten Hunderttausende unter der Parole "10 Jahre sind genug!" - unter Anspielung auf den 10. Jahrestag der Machtübernahme de Gaulles. Vor dieser Kulisse der allgemeinen Unzufriedenheit veranstalteten die Studenten am folgenden Tag Demonstrationen für die Aufhebung der Geschlechtertrennung in Wohnheimen u. a. Diese Demonstrationen wurden von der Polizei mit brutaler Gewalt zerschlagen. Am 3. Mai wurden die Universitäten geschlossen. Als Reaktion darauf gingen die Studenten in den folgenden Tagen zu Tausenden auf die Straßen. Die ersten Straßenschlachten fanden statt. Die Parolen wurden schnell allgemeiner und politischer.

Arbeiter und Studenten

Die Studentenkämpfe legten nur den Funken an den Zunder. Ihre Proteste fanden sofort ein unmittelbares Echo bei der Arbeiterklasse. Von den ersten Tagen der Barrikaden- und Straßenkämpfe an genossen die Studenten die Unterstützung von mehr als 80 Prozent der Pariser Bevölkerung. Als am 6. Mai eine friedliche Demonstration von den CRS-Spezialeinheiten der Polizei hinterhältig angegriffen wurde, öffnete die Bevölkerung von Paris die Haustüren, um die Flüchtenden vor CRS-Gewehrkolben und Polizei-Gummiknüppeln in Schutz zu nehmen. Um die Wirkungen des massiv eingesetzten Tränengases zu lindern, wurde eimerweise Wasser aus den Fenstern auf die Straßen gegossen.

Die Brutalität der CRS erregte die Empörung der Arbeiter, insbesondere nachdem die Belegschaft der ORTF (Radio und Fernsehanstalt) darauf bestanden hatte, daß darüber ein Film im Fernsehen gezeigt wurde. Besonders jüngere Arbeiter erblickten in den Studentenkämpfen eine Alternative und schöpften Mut aus der Tatsache, daß diese offensichtlich Risse in der gaullistischen Eintönigkeit zeigten. Bald traten sie selbst in den Streik - bei Sud Aviation (Flugzeugfabrik) gegen Entlassungen, bei der Post für höhere Löhne.

Der Druck auf die Massenorganisationen der Arbeiterklasse wuchs. So riefen schließlich die Führungen von CFDT (ehemaliger katholischer Gewerkschaftsbund) und CGT (größter Gewerkschaftsbund, mit Kommunistischer Mehrheit) für Montag, den 13. Mai einen 24stündigen Generalstreik aus. Er war als Druckmittel gegen die Regierung gedacht, und gleichzeitig als Sicherheitsventil, um den in den Tiefen der Arbeiterklasse angestauten Druck, gefährlos abzulassen. Es gelang aber nicht, die Bewegung durch diese begrenzte Aktion zu dämpfen. Im Gegenteil: die massiven Arbeitsniederlegungen - 1 Million allein in Paris! - ermutigten die Arbeiter nur noch mehr.

Am nächsten Tag kehrten die Arbeiter von Sud Aviation nur in ihre Fabrik bei Nantes zurück, um sie zu übernehmen, den Direktor einzusperrten und an alle Arbeiter zu appellieren, sie zu unterstützen und ihrem Beispiel zu folgen!

Besetzungen und Räte

In den folgenden Tagen verbreitete sich diese Welle von Besetzungen ohne jegliche Unterstützung durch die Gewerkschaften oder die Kommunistische Partei wie ein Lauffeuer und gipfelte in der totalen Lahmlegung der Wirtschaft am Ende der 3. Woche. Gegen den ausdrücklichen Willen der Führung der Kommunistischen Partei (damals einzige Massenpartei der Arbeiterklasse) wurden gleichzeitig auf allen Ebenen Aktionskomitees gebildet, Arbeiterkomitees in den Fabriken, Komitees von Ärzten, Krankenschwestern und

Patienten in Krankenhäusern, von Bauern in Lagerhäusern und auf den Höfen, von Studenten und Schülern auf Universitäten und Schulen.

EIN ARBEITER-, STUDENTEN- UND BAUERNRAT REGIERTE BUCHSTÄBLICH GANZ LOIRE-ATLANTIQUE UM DIE STADT NANTES!!!

Er kontrollierte den Verkehr, die Versorgung mit Wasser, Elektrizität, Gas und Lebensmitteln. Landarbeitergewerkschaften erklärten sich bereit, die Streikenden zu ernähren, Arbeiter und Studenten halfen bei der Nahrungsmittelproduktion, die Preise wurden drastisch gesenkt.

Jeder Winkel der französischen Gesellschaft wurde von dem Aufbruch erreicht und angesteckt: die juristische Fakultät "lehnte die Gesellschaft ab", sogar die Totengräber und Meteorologen streikten. Die Polizeigewerkschaft sprach von einer "äußerst gefährlichen Situation", weil viele ihrer Mitglieder mit den Forderungen der Arbeiter sympathisierten und selbst mit Streikaktionen drohten. Fußballspieler besetzten Stadien, und Richter organisierten sich gewerkschaftlich!

Staat machtlos

Der Staatsapparat hing in der Luft und befand sich in Auflösung. Regierungsbeamte diskutierten allen Ernstes, wie und in welcher Form sie die Macht übergeben sollten!

De Gaulle, die Verkörperung des "starken Staates", packte seine Koffer und teilte dem anwesenden US-Botschafter mit: "Das Spiel ist aus!" Er floh aus Paris und wurde von Radioreportern als "vermißt" gemeldet. Die Macht lag für die Arbeiterklasse in Reichweite. Was jetzt noch fehlte, war eine Verbindung der Komitees auf örtlicher, regionaler und nationaler Ebene und die Bildung einer von diesen Komitees getragenen Arbeiterregierung. Ein solches oberstes nationales Arbeiterkomitee wäre von Anfang an eine demokratische Volksvertretung gewesen. Man hätte durch demokratische Wahlen und Abwählbarkeit aller Funktionen und Bezahlung durchschnittlicher Facharbeiterlöhne an alle Funktionäre und Komiteemitglieder dieses Komitee einer absoluten Kontrolle durch die Basis unterwerfen können. Vereinigt durch eine entschlossene Führung hätte die Arbeiterklasse die gesamten gesellschaftlichen Reichtümer in Besitz nehmen können. Eine solche Regierung hätte schon in den ersten Stunden ihrer Amtszeit alle Großkonzerne und Banken in Staatsbesitz überführen, Organe aus den Reihen der organisierten Arbeiter zum Schutz dieser Maßnahmen bilden und somit die Grundlage für eine geplante Wirtschaft unter demokratischer Arbeiterkontrolle schaffen können.

Rolle der Arbeiterorganisationen

Doch nichts dergleichen geschah. Während die Massen instinktiv vorwärtsdrängten, wurden sie zurückgezerrt - von ihren eigenen Führern! Der Führung der Kommunistischen Partei fiel in dieser vorrevolutionären Situation nichts Besseres ein, als Neuwahlen zu fordern. Sie sprach sogar offen davon, daß es darauf ankam, "die Bewegung wieder zurück in sichere parlamentarische Bahnen zu lenken".

Auf dem Höhepunkt der revolutionären Streikbewegung bekundeten CGT- und CFDT-Führer ihren Wunsch, mit der Regierung zu verhandeln -- mit einer Regierung also, die praktisch nicht mehr bestand, keinerlei Macht mehr besaß und teilweise ins Ausland geflohen war. Die KP bestand darauf, daß der Kampf streng auf Löhne und Arbeitsbedingungen beschränkt sei, auf die "unmittelbaren Forderungen" der 40-Stunden-Woche, eines höheren Mindestlohns und größerer sozialer Sicherheit. Als am 27. Mai Seguy, der Generalsekretär der CGT in den Renault-Werken in Billancourt auftrat, um stolz zu verkünden, daß er in 3tägigen Verhandlungen Erhöhungen der Grundlöhne bis zu 80 Prozent und die besten Sozialleistungen seit Kriegsende für die Arbeiterklasse herausgeholt hätte, wurde er ausgepiffen und seine Rede wiederholt von einer aus 30.000 Kehlen gebüllten Parole unterbrochen: "Gouvernement populaire!" (Volksregierung)

Ein Renault-Arbeiter schilderte einige Jahre später seine Erfahrungen und Eindrücke: "Wir wollten alle verändern und wir hatten schon fast alles verändert. Wir erwarteten, daß sich unsere Führer an die Spitze stellten. Es war eine Revolution, ja eine Revolution, und wir dachten, die KPF würde sie anführen. Sie wollte jedoch gar keine Revolution. Als sie nur Neuwahlen forderte, wußten wir nicht, was wir tun sollten, es herrschte große Unsicherheit... Ein paar Wochen

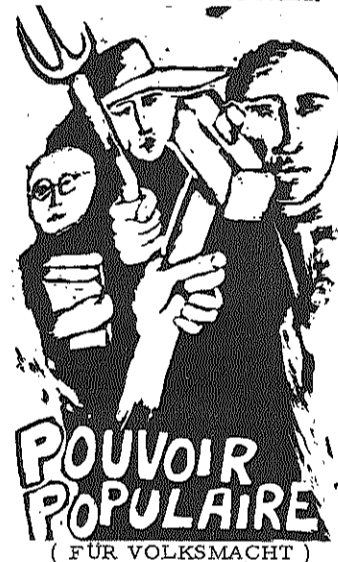
später haben viele Streikende wieder de Gaulle gewählt, weil sie von den Linken die Schnauze voll hatten."

Lehren

In diesen Worten kommt klar zum Ausdruck, woran es der französischen Arbeiterklasse in jenen Maiwochen am meisten mangelte: an einer entschlossenen Führung, die den Weg zu Ende gegangen wäre, den die Massen spontan schon eingeschlagen hatten, anstatt alles abzubremsen. Die Mehrheit der Arbeiter erhoffte sich diese Führung von der KPF. Als diese entschlossene Führung jedoch ausblieb, wurden sie unsicher. Als sich die KP ganz gegen ihre Aktionen stellte, resignierten sie schließlich. Wohl versuchten sie nach gelang, sich der offiziellen KPF-Politik entgegenzustellen. Sie zogen instinktiv und spontan in die richtige Richtung, doch es ging über ihre Kräfte, sich mitten im Kampf aus dem Stegreif etwa eine neue Partei zu schaffen.

Umschwung

Mehrere Wochen herrschte in Frankreich eine Situation der Doppelherrschaft - oder, wenn man so will, der Doppelmachtlosigkeit. Ohne eine organisierte Führung, die die Kämpfe koordiniert und ihnen Ziel und Richtung vorgegeben hätte, entglitt der Arbeiterklasse die Macht wieder, die schon zum Greifen nahe war. Wochenlang war die Reaktion wie gelähmt, die "Bollwerke der Ordnung" befanden sich in einem Zustand hochgradiger Zersetzung. Doch die langen Kämpfe erschöpften die Massen, die Haltung ihrer Führung entmutigte sie. Am 30. Mai kehrte de Gaulle nach Paris zurück, da er wieder "Morgenluft" witterte. Er war in Baden-Baden gewesen, um die Unterstützung durch General Massus zu gewährleisten, der an der Spitze der 70.000 Mann starken französischen Rheinarmee stand.



Sofort wurde die Auflösung des Parlaments verkündet und Neuwahlen ausgeschrieben. Eine üble Hetzkampagne folgte, gegen die "Roten", "die Bedrohung durch eine totalitäre Diktatur" usw. usw. Erst jetzt, nach mehr als 2 Wochen Generalstreik (praktisch ergebnislos), wo die Straßen von Paris mit Unrat verstopft waren, und nachdem sich keine der großen Arbeiterorganisationen als fähig erwiesen hatte, schöpfte die Kapitalistenklasse wieder genug Mut zum Gegenangriff.

Panzer und Truppen formierten sich um Paris, eine reaktionäre Demonstration zog eine Million Teilnehmer an, auf der Parolen gerufen wurden wie "Der Kommunismus kommt nicht durch", "Cohn-Bendit (ein Studentenfürher, d. Verf.) nach Dachau", "Er schießt Mitterrand". In den folgenden Tagen wurden die Arbeiter durch Truppen wieder aus den Fabriken getrieben, wobei sie nur vereinzelt aktiv Widerstand leisteten. Einige linke Gruppierungen wurden verboten, ihre Führer verhaftet und des Landes verwiesen. Demonstrationen durften bis auf weiteres nicht stattfinden.

Wie konnte diese völlige Umkehrung des Kräfteverhältnisses so plötzlich zustande kommen? Schon Marx und Engels hatten erklärt, wie in revolutionären gesellschaftlichen Krisen sich die kämpfenden Klassen das Gleichgewicht halten können, jedoch nur für kurze Zeit, manchmal Monate, manchmal Wochen, manchmal nur einen Tag lang, wenn es um die Machteroberung durch die Arbeiterklasse geht. Wenn eine konsequente Führung an der Spitze der Arbeiterbewegung in einer solchen Situation fehlt, kann die Gelegenheit auf lange Zeit verpaßt sein und die Reaktion wieder für Jahrzehnte die Oberhand gewinnen.

Neue große Kämpfe stehen bevor, in Frankreich wie in ganz Europa. Wenn die Lehren der vergangenen Kämpfe richtig gezogen und begangene Fehler vermieden werden, besteht kein Grund, warum es der Arbeiterklasse nicht gelingen könnte, ihre nächste Chance voll zu nutzen. ■

Kurt Pfeifle
München

Kapitalistisches Chaos – Einziger Ausweg

Joachim Heuck (JUSO-Gruppe, Hamburg
Winterhude)

Von Beginn an hat sich VORAN für ein umfassendes sozialistisches Programm eingesetzt, mit den Hauptforderungen:

- Verstaatlichung der Großkonzerne, Banken und Versicherungen!
- Arbeiterkontrolle und -verwaltung!
- Einführung einer demokratischen Planwirtschaft unter Beteiligung aller betroffenen Bevölkerungsschichten!

Nur ein solches Programm kann unserer Meinung nach der Arbeiterklasse einen Ausweg aus der kapitalistischen Krise bieten. Es stellt die minimale und unverzichtbare Grundlage dar, um die Produktion für die Profitinteressen weniger zu ersetzen durch eine Produktion entsprechend den Bedürfnissen der Gesamtbevölkerung. Aber was meinen wir konkret damit?

VERSTAATLICHUNG

In der bundesdeutschen Industrie beträgt der Anteil der 50 größten Unternehmen am industriellen Gesamtumsatz weit über 50%; mehr als 100 Unternehmen erreichen einen Jahresumsatz von über einer Milliarde DM (die größten übertreffen 20 Mrd. DM). Ähnlich sind die Verhältnisse im Banken- und Versicherungsbereich. Es ist deshalb nicht übertrieben, zu sagen, daß die größten 200 Konzerne 3/4 der westdeutschen Wirtschaftsaktivitäten beherrschen. Zusätzlich zu berücksichtigen ist die ungeheure Machtstellung, die diese wenigen Giganten gegenüber den Tausenden von kleinen und mittleren Zuliefer- bzw. Abnehmerfirmen einnehmen. Sie haben damit zweifellos den Charakter von Monopolen - nicht in dem Sinne, daß unbedingt jedes von ihnen Angebot und Preise eines bestimmten Produktes vollständig in der Hand hat und steuern kann, sondern in dem Sinne, daß sie als Gruppe die ganze Volkswirtschaft sowie praktisch jeden einzelnen ihrer Sektoren beherrschen.

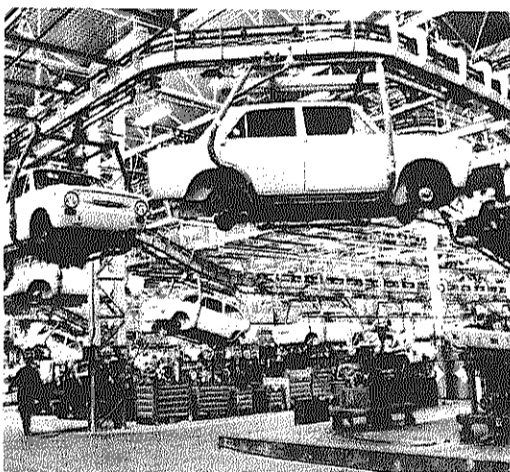
Schon diese wenigen Angaben vermitteln einen ungefähren Eindruck vom Ausmaß der Kontroll- und Steuerungsmöglichkeiten (über die gesamte Wirtschaft!), die die Verstaatlichung der 200 größten Konzerne in einer sozialistischen Gesellschaftsordnung eröffnen würde. Dabei ist die Zahl 200 keineswegs eine starre Zahl; sie ist ein Richtwert, der lediglich anzeigen soll, daß, genauso wie die Großkonzerne die Wirtschaft im Kapitalismus beherrschen, sie auch die Grundlage für die Durchführung eines sozialistischen Plans bilden. Indem die Aktivitäten der Monopole einer Planung unterzogen werden, würden sich gleichzeitig die kleineren Firmen gezwungen sehen, sich in die durch die Großkonzerne bestimmten Rahmenbedingungen einzuordnen und damit den Erfordernissen des Plans zu entsprechen. Aber wie würde nun ein Produktionsplan tatsächlich funktionieren? Ist es wirklich möglich, einen so

komplizierten Organismus wie etwa die bundesdeutsche Wirtschaft zu planen?

FUNKTIONIEREN DER PLANWIRTSCHAFT

Wenn beispielsweise General Motors in der Lage ist, seine weltweiten Aktivitäten rational zu planen, warum soll dann nicht eine Arbeiterregierung in der Bundesrepublik die gleichen Arbeitssysteme anwenden können, um die westdeutsche Wirtschaft zu planen!

General Motors stellt detaillierte Produktionsziele für alle Modelle auf, unterteilt nach Herstellungsländern, und leitet daraus die mengenmäßigen Vorhaben für jede einzelne seiner Fabriken ab, die die verschiedenen Produkt- und Zubehörteile herstellen. Natürlich werden die Planziele einer ständigen Kontrolle und Korrektur unterzogen, auch müssen wichtige Fragen geklärt werden hinsichtlich des Ausmaßes an Unabhängigkeit, das den Fabriken gewährt wird, oder der Entscheidung, bei welchen Zulieferfirmen eingekauft werden soll usw.. Trotz aller sicher vorhandenen unterschiedlichkeiten ist es im Großen und Ganzen der gleiche Grundsatz, die gleiche Methode, die auch bei der Durchführung eines sozialistischen Produktionsplanes zur Anwendung kommen würde.



Am Anfang des Planungsprozesses hätten die allgemeinen Rahmenentscheidungen der höchsten politischen Gremien zu stehen; auf der Grundlage der bekannten bzw. geschätzten Gesamtmenge der produzierten Güter und Dienstleistungen (Sozialprodukt) wird festgelegt, welcher Anteil für den Konsum der Bevölkerung, die sozialen Leistungen des Staates, die Aufrechterhaltung der Produktion (Ersatzinvestition) und der staatlichen Institution sowie für Erweiterungsinvestitionen notwendig und wünschenswert ist.

DEMOKRATISCHE PLANWIRTSCHAFT UND ARBEITERKONTROLLE

Gerade hier liegt einer der hauptsächlichsten Vorteile der demokratischen Planwirtschaft gegenüber der Marktwirtschaft: Die gesamtwirtschaftlichen Investitionen sind nicht mehr abhängig von der Investitionswilligkeit und -neigung, profitorientierter, von der Krise ihres eigenen Systems verunsicherter Großkapitalisten und Spitzenmanager. Vielmehr wird nun von demokratisch gewählten Gremien über Höhe und Verteilung der Investitionen auf die Bereiche der Wirtschaft schlicht und einfach entschieden, und zwar nach Maßgabe der gesamtgesellschaftlichen Interessen. So können die benötigten Produktionsanlagen, Materialien, Ausbildungsstätten usw., in die Mängelbereiche der Gesellschaft gelenkt werden und damit die Produktion, das Sozial- und Bildungswesen - alle Bereiche der Gesellschaft - bewußt, planend fortentwickelt werden.

Es wäre zwar falsch, die Schwierigkeiten zu unterschätzen, die mit der detaillierten Aufstellung, Durchführung, Kontrolle und Korrektur eines solchen Volkswirtschaftsplanes verbunden sind; andererseits ist die Bewältigung dieser Schwierigkeiten letztlich nur ein lösbares technisches Problem. Die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft selbst - vor allem im Bereich der Computer-Technik und der Informationssysteme - hat exakte Planung kompliziertester Zusammenhänge in einem Maße möglich gemacht, von dem man vor einigen Jahrzehnten noch kaum zu träumen wagte.

ARBEITERKONTROLLE UND -VERWALTUNG

Die Forderung nach Arbeiterverwaltung in der Wirtschaft bezieht sich auf die Tatsache, daß ein sozialistischer Plan für die gesamte Volkswirtschaft nur von einer echten Arbeiterregierung aufgestellt und durchgeführt werden kann. Für eine solche Arbeiterdemokratie ist es eine grundlegende Voraussetzung, daß alle Entscheidungs- und Leistungsgremien vollständig demokratisch zustande kommen; d. h., daß alle Funktionäre frei gewählt werden, jederzeit abwählbar sind und nicht mehr verdienen als diejenigen, deren Interessen sie vertreten sollen (durchschnittlicher Facharbeiterlohn). Die allgemeinen Umrissziele des Gesamtplanes - Ziele für die Anteile des Konsums, der Investitionen usw. am Sozialprodukt - müßten von der demokratisch gewählten Regierung bestimmt werden. Was die Planung für die einzelnen Industriezweige anbelangt, gibt es zwei Gefahren: einerseits eine über-zentralisierte Bürokratie und andererseits ein Mangel zentralisierter Kontrolle, die unumgänglich für das Funktionieren einer Planwirtschaft

ist. Es ist sinnvoll, daß sowohl die Arbeiter, die in dem betreffenden Industriezweig beschäftigt sind, als auch die Arbeiter aus den anderen Industrie- und Wirtschaftsbereichen (als Weiterverarbeiter bzw. Konsumenten der von diesem Industriezweig erstellten Produktion) sowie die zentrale Planungsstelle der Regierung bei der Verwaltung und Planung dieser Industrie eine Rolle spielen. Dies könnte man sich in Form einer Dreiteilung vorstellen, bei der die Aufsichtsräte der einzelnen Industrien und Unternehmen zu je einem Drittel mit Vertretern der betroffenen Belegschaften, des Gewerkschaftsbundes sowie der Regierung besetzt wären.

Natürlich könnte man - zunächst jedenfalls nicht auf den Einsatz hochspezialisierter Techniker und Akademiker verzichten, diese würden jedoch ständig der Kontrolle der Arbeitervertreter unterliegen. Diese gewählten Arbeitervertreter hätten darüber hinaus die Aufgabe, in den Betrieben die Planerfüllung - soweit möglich - sicherzustellen. Weiterhin würden sie vollständige Kontrolle über Bereiche wie "Heuern und Feuern", Sicherheit usw. ausüben. Diese Formen direkter Kontrolle in den Unternehmenseinheiten - die sogenannte Arbeiterkontrolle - müßte sich auch auf diejenigen Firmen erstrecken, die zunächst noch nicht von der Verstaatlichung betroffen sind. Auf diese Weise würde sichergestellt, daß das Management dieser Firmen nicht aus dem allgemeinen Rahmen des Plans ausschert, und daß es vor allem seine Lieferverpflichtungen gegenüber den staatlichen Betrieben erfüllt.

MÖGLICHKEITEN EINER PLANWIRTSCHAFT

Es ist nicht die Aufgabe von Sozialisten, heute schon auf dem Reißbrett ein bis in die letzten Einzelheiten gehendes Modell zu entwerfen. Man kann aber schon allein mit wenigen Gedanken sich klarmachen, wie überlegen doch eine Planwirtschaft ist.

Seit vier Jahren beträgt die Zahl der offiziell registrierten Arbeitslosen in der BRD mindestens eine Million! Das bedeutet jedes Jahr einen Produktionsausfall von ca. 20 Milliarden DM; die finanzielle Belastung des Staates durch die Arbeitslosigkeit beläuft sich jährlich ebenfalls auf rund 20 Mrd. DM (Zahlungen für Arbeitslosenunterstützungen, Steuerausfälle, Beitragsausfälle zur Sozialversicherung). Hinzu kommt, daß es zusätzlich eine beträchtliche Arbeitslosigkeit gibt, die in keiner Statistik auftaucht, da die Betroffenen so und so keine Aussicht auf Vermittlung bzw. keinen Anspruch auf Unterstützung hätten (vor allem Jugendliche nach Schulabschluß, verheiratete Frauen). Selbst die bür-

Arbeiterbewegung am Wendepunkt

Ingolf Becker, Frankfurt

Die gegenwärtige Krise ist die schwerste seit 1945, national wie auch international. Wir stehen an einem Wendepunkt der Nachkriegszeit.

Bis vor wenigen Jahren konnten die Gewerkschaften mit Leichtigkeit ein kleines Stück vom großen Kuchen erkämpfen. Doch in Krisenzeiten stellen die Unternehmer gleich jede berechnete Forderung der Arbeiter als Bedrohung für "unsere Freiheit" dar. Überhaupt, so lassen sie immer wieder verkünden, seien die Grenzen des Sozialstaats längst überschritten.

Mehr und mehr Kollegen fordern, daß alles dafür getan wird, damit die bisher erkämpften Zugeständnisse nicht wieder von den Unternehmern weggenommen und ihre kommenden Angriffe abgewehrt werden.

Unter dem Druck der Basis muß die alte Generation der Gewerkschaftsführer oftmals weiter gehen, als sie es ursprünglich wollten. Viele Kollegen müssen aber auch erfahren, daß es in ihren eigenen Reihen Kollegen gibt, die die Forderungen der Basis eher bremsen als offensiv vertreten.

Eines muß klar sein: Entweder wird es der Arbeiterbewegung in den entscheidenden

Kämpfen der kommenden Epoche gelingen, das Kapital endgültig zu schlagen, oder wir werden wieder die Katastrophen und das Elend erleben, woran sich unsere Großväter aus ihrer Jugendzeit noch erinnern können. Deshalb braucht die Arbeiterbewegung ein Programm, das die Entmachtung des Kapitals fordert und den Weg dorthin mit klaren Perspektiven aufzeigt.

Dieser Weg wird beschwerlich sein, da das Kapital sich nicht freiwillig seine Macht entziehen läßt. Doch die Voraussetzungen, die Bedingungen für einen erfolgreichen Kampf der Arbeiterbewegung sind heute äußerst günstig. Das Gewicht der Gewerkschaften als innenpolitischer Machtfaktor hat sich in den letzten Jahren organisatorisch und dem politischen Einfluß nach erhöht. Gerade aus Furcht vor dieser Stärke waren die Unternehmer während des langjährigen vergangenen Wirtschaftsaufschwungs bereit, Reformen zuzugestehen. Die Ziele dieser Reformen durften jedoch niemals so weit gehen, daß sie den Handlungsspielraum der Unternehmer einengten. Die Verfassungsklage gegen das "Mitbestimmungsgesetz", die Legalisierung der Aussperrung

und die kürzliche Erpressung der Unternehmer (16.000 Lehrstellen gegen ein abgeändertes Ausbildungsplatzförderungsgesetz) mögen dieses Verhalten nur an wenigen Beispielen unterstreichen.

Es ist aber gefährlich, den Kapitalisten mit der Stärke unserer Organisationen zu drohen und ihnen dann nur stückchenweise die Macht entreißen zu wollen. Wenn die Forderungen der Arbeiter den Fortbestand der kapitalistischen Gesellschaft gefährden - und in Krisenzeiten ist jede berechnete Forderung letzten Endes eine solche Bedrohung - dann haben sie sich noch nie gescheut, den Widerstand der Arbeiterklasse nichtfalls auch mit Gewalt (Einsatz von Polizei, faschistischen Banden wie 1933, Militär) zu brechen.

REFORMEN UND KAPITAL

In den Aufschwungsjahren nach dem 2. Weltkrieg kamen viele Gewerkschafts- und SPD-Führer zur Schlußfolgerung, daß es ausreichen würde, auf der Grundlage des Kapitalismus einige Reformen durchzusetzen. Sie sehen nicht die leidvollen Erfahrungen, die die Arbeiterbewegung in Weimar oder Chile erfahren mußte. Auch da wurden die Illusionen in die Reformierbarkeit des Systems gefördert. Auch da wurde "Zusammenarbeit" mit Unternehmern und anderen bürgerlichen Parteien betrieben. Doch diese Zusammenarbeit diente den bürgerlichen Kräften nur

als Fassade, hinter der sie sich auf einen blutigen Schlag gegen die Arbeiterbewegung vorbereiteten!

Viele Kollegen sagen sich jetzt, "so geht es nicht mehr weiter", und fragen sich, wie sie aktiv werden können. Erst einmal werden sie mit ihrer Kraft in den betrieblichen und gewerkschaftlichen Kampf treten. Aber es ist klar, daß der Kampf nicht haltmachen kann beim Kampf mit dem "eigenen" Arbeitgeber. Er muß weitergehen, gegen die Klasse der Unternehmer, gegen all seine politischen und staatlichen Hilfstrophen.

SPD UND GEWERKSCHAFTEN

Je mehr die SPD-geführte Bundesregierung beweisen wird, daß unter kapitalistischen Vorzeichen jetzt selbst die kleinsten Reformen und tatsächlichen Verbesserungen in Frage gestellt sind, desto mehr wird die breite Mitglied- und Anhängerschaft nach einer Alternative zu dieser Politik suchen. Die Forderung nach einer Aufkündigung der Zusammenarbeit mit dem Kapital und seinen Parteien wird lauter werden, die alten, kämpferischen Traditionen der Sozialdemokratie werden wiederentdeckt werden. Die Sozialisten und Marxisten müssen dabei eine klare Alternative anbieten und dafür die Mehrheit der Arbeiterbewegung gewinnen.

Wir können nur dann etwas erreichen, wenn wir in SPD und DGB aktiv für ein sozialistisches Programm eintreten, das die Gewerkschaften und die SPD aus der bürgerlichen Umklammerung befreit und sie zu echten Kampfinstrumenten für die sozialistische Umgestaltung dieser unheimlichen Gesellschaftsordnung macht. ■

gerliche Wissenschaft kann diese Tatsache nicht leugnen (z. B. der Sachverständigenrat) und schätzt die Gesamtzahl der Arbeitslosen, unter Berücksichtigung der statistisch nicht erfassten Arbeitswilligen auf ca. 2 Mio. - damit ist natürlich weiterer Produktionsausfall verbunden. Insgesamt schätzt das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut der Gewerkschaften (WSI) den Ausfall an Sozialprodukt in der BRD seit Beginn der Wirtschaftskrise 1974 auf rund 250 Mrd. DM !!

Eine fast unvorstellbare Summe, mit der alle vor Jahren versprochenen Reformen - Schulen, Krankenhäuser, Wohnungen usw. - spielend hätten finanziert werden können, ebenso alle notwendigen Investitionen in der Industrie - und noch einiges mehr. In der geplanten Wirtschaft gibt es keinen Grund für Arbeitslosigkeit irgendwelcher Art oder mangelhaft ausgenutzte Produktionskapazitäten. Die gesamte von der Gesellschaft für notwendig angesehene Arbeit kann auf alle Arbeitswilligen aufgeteilt werden; die jährlichen Produktivitätsfortschritte können entweder in einen erhöhten Lebensstandard, verbesserte Sozial- und Kulturleistungen oder aber in verkürzte Arbeitszeit für alle umgesetzt werden. Da die Aufteilung der insgesamt produzierten Gütermenge ebenfalls zentral reguliert wird, ist dafür gesorgt, daß alle erzeugten Produkte auch Abnehmer finden - Krisen größeren Ausmaßes sind ebenso ausgeschlossen wie (Über-)Produktionskrisen.

Der sogenannte "freie" Wettbewerb im Kapitalismus bringt ebenfalls erhebliche Kosten mit sich. Wie viele Güter (Waschmittel, Arzneimittel, Autos etc.) erscheinen in vielfältiger Verpackung, ohne sich wesentlich von einander zu unterscheiden. Und wie viel Geld verschlingt täglich die überflüssige Werbung!

Wie viele große Produktionskapazitäten könnten durch Zusammenfassung und Zentralisierung der Forschung und Produktion ein-

gespart und für andere Zwecke verwendet werden! Außerdem wäre zu nennen:

- Wegfall der Herstellung von total nutzlosen, schädlichen Gütern oder überzogenen Luxusartikeln, die nur zur Profiterzielung, mit Hilfe gigantischer Reklameanstrengungen bzw. für eine privilegierte Klasse von Millionären aufrechterhalten wird.
- Rationelle, sparsame und vorausschauende Nutzung der vorhandenen Energiequellen und Rohstoffe anstelle des hemmungslosen, kurzfristigen Raubbaus an Natur- und Umwelt durch das Profitsystem.
- Volle Ausschöpfung des technischen und wissenschaftlichen Fortschritts, dessen Ergebnisse allen Produktionsstätten und Gesellschaftsbereichen gleichermaßen zur Verfügung stünden. - anstelle der Monopolisierung von Erfindungen in einzelnen Unternehmen (Patentgesetz) bzw. der bewußten Zurückhaltung von profitgefährdenden Erfindungen (länger haltende Glühbirnen, Autos, Damenstrümpfe usw.).

Schließlich würde eine wirklich demokratisch organisierte sozialistische Planwirtschaft, in der die Arbeiter selbst den Produktionsablauf regeln und an allen weitergehenden wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen teilhaben, unvorstellbare schöpferische und gestalterische Fähigkeiten auf Seiten der Arbeiter freimachen. Diese bleiben in der heutigen Wirtschaftsform total ungenutzt und verküppeln im Laufe eines harten, entsagungsreichen Arbeiterlebens.

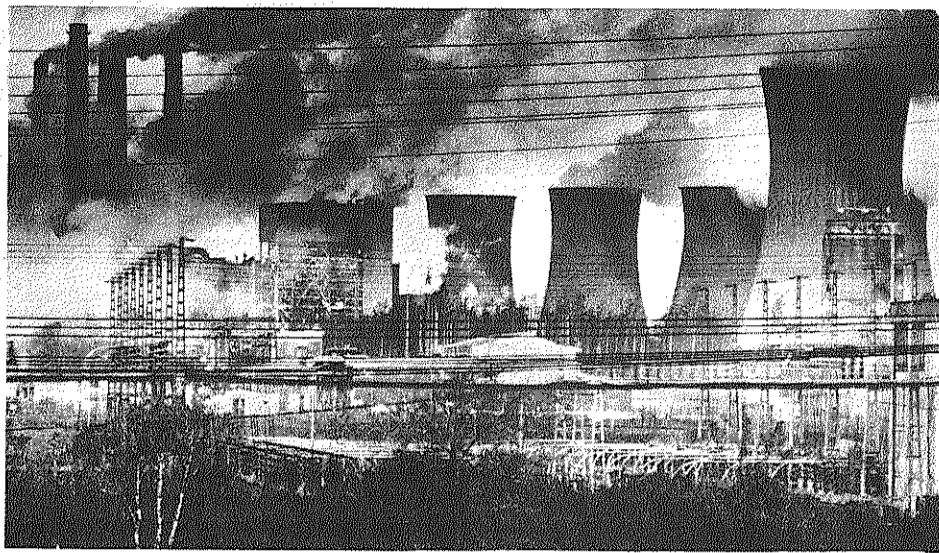
Außerdem wird sich gegenwärtig ein Arbeiter hüten, Verbesserungsvorschläge zu machen, führen diese doch nur dazu, daß Arbeitsplätze eingespart und Kollegen entlassen werden.

Haben die Arbeiter jedoch die Betriebe erst einmal in ihre eigenen Hände genommen, dann wird sich ihre Eigeninitiative, ihr Ideenreichtum voll entfalten können und zu er-

heblichen Verbesserungen im Produktionsprozess führen.

VON DER NOTWENDIGKEIT ZUR FREIHEIT

Alle diese Punkte können nur einen ungenü-



ren Eindruck vermitteln - einerseits von den grenzenlosen Verschwendung menschlicher und materieller gesellschaftlicher Mittel durch den Kapitalismus, andererseits von den ebenfalls grenzenlosen Möglichkeiten einer demokratischen Planwirtschaft. Wie Karl Marx erklärte, ist die materielle Vorbedingung für eine funktionierende sozialistische Planung, eine hochindustrialisierte Wirtschaft, deren Produktivkräfte eine hohe Entwicklungsstufe erreicht haben. Dann erst wird es möglich, die notwendige Arbeitszeit allgemein so stark zu reduzieren, daß die Arbeiterklasse die Kontrolle und Lenkung der Wirtschaft wie auch der politischen Belange selbst in demokratischer Form in die Hand nehmen kann.

In diesem Teil der Welt sind diese Vorbedingungen seit langem erfüllt: Hohe industrielles und technisches Niveau, hochqualifizierte Arbeiter und riesige Produktionsmöglichkeiten. Alle Voraussetzungen für einen bisher ungekannt hohen Lebensstandard und stark reduzierte Arbeitszeit, für

die Entwicklung von Bildung, Kultur und zwischenmenschlichen Beziehungen sind damit gegeben!

Was jetzt nur noch fehlt, ist, daß die Produktionsmittel ihren jetzigen Besitzern entrisen werden, die Gesellschaft von den Arbeitern und Angestellten (also der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung) auf der Grundlage eines rationalen Plans organisiert und wird und sich dadurch befreit von der Anarchie des Marktes und der Herrschaft des Profits.

"Von da an werden die Menschen ihre Geschichte mit vollem Bewußtsein selbst machen. . . . es ist der Sprung der Menschheit aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit." (Friedrich Engels)



KAMPF UM DEN 1. MAI



Für den Großteil der Bevölkerung in der Bundesrepublik ist der 1. Mai heute sicher kein anderer Tag als Christi Himmelfahrt oder irgend ein anderer Feiertag.

Für die organisierte Arbeiterbewegung dagegen ist er schon seit fast hundert Jahren von besonderer Bedeutung. Er ist der einzige Feiertag, der von ihr zeitlich und inhaltlich festgesetzt wurde. Nach seinem Anlaß und seiner Entstehungsgeschichte steht er in krassm Gegensatz zu den christlichen Feiertagen.

Die Geschichte des 1. Mai geht zurück bis ins Ende des 19. Jahrhunderts. Am 1. Mai 1886 waren in den USA 80 000 Arbeiter für den 8-Stunden-Tag in den Generalstreik getreten. Gleichzeitig wurden zahlreiche Demonstrationen abgehalten. Dabei erschloß die

Polizisten mußten sich für ihr Vorgehen verantworten, sondern vier Gewerkschaftsführer wurden als Terroristen und Bombenwerfer vor Gericht gestellt, zum Tode verurteilt und im November 1887 gehängt. In einer Rede vor dem Gericht, machte der Gewerkschafter Georg Engel klar, warum dieser Staat ihn verurteilt:

"Worin besteht mein Verbrechen? Daß ich dafür gearbeitet habe, eine Gesellschaftsform herbeizuführen, in welcher es keinem einzelnen gestattet sein soll, aus den Fortschritten der Technik Millionen zu ziehen, während die große Masse verelendet. So gut wie Luft und Wasser Gemeineigentum sind, sollten auch die Erfindungen der Wissenschaftler zum Bestehen aller angewendet werden.

sammenzuraffen, während auf der anderen Seite Tausende zu Bettlern werden."

Die amerikanischen Gewerkschaften beschlossen im Gedenken an den folgenschweren 1. Mai 1886, diesen Tag ab 1890 als jährlichen Kampftag der Arbeiterklasse zu begehen.

Der Kampf der Arbeiter um den Achtstundentag war zu der Zeit nicht auf die USA beschränkt. In allen hochindustrialisierten Ländern kämpften die Gewerkschaften und Arbeiterparteien für eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit. Ein ausgeprägtes Bewußtsein für internationale Solidarität entstand. Der Gründungskongreß der II. (sozialistischen) Internationale 1889 beschloß deshalb, in allen Ländern und Städten gleichzeitig "eine große internationale Manifestation für die Erkämpfung des 8-Stunden-Tages und für internationale proletarische Solidarität" durchzuführen. In Erinnerung an die Kämpfe der amerikanischen Arbeiter wurde dafür der 1. Mai 1890 festgelegt. Hunderttausende von Arbeitern legten in verschiedenen Ländern die Arbeit nieder und strömten zu Kundgebungen und Demonstrationen.

In Deutschland hatte sich die Arbeiterbewegung bei der ersten Maifeier 1890 gerade vom Sozialistengesetz befreit, wurde aber vom Staat immer noch stark unter Druck gesetzt. Demonstrationen und Arbeiterversammlungen waren durchsetzt von blitzenden Pickelhauben preußischer Polizisten. Nach wie vor wurden willkürlich sozialdemokratische Aktivisten verhaftet. Sogar das Militär wurde an diesem Tag in den Kasernen gehalten, damit es gegebenenfalls eingesetzt werden konnte. Viele Bahnhöfe wurden durch Soldaten "abgesichert". Maifeierende Arbeiter wurden zudem oft rücksichtslos von den Unternehmern entlassen. Die aktivsten Schichten der Arbeiterklasse ließen sich dadurch aber nicht beeindruckt. Sie setzten auf die Kraft der Solidarität. Rund 200.000 Arbeiter traten in einen eintägigen Streik.

"Es war am Donnerstag, 1. Mai 1890. Man sah bereits in den frühen Vormittagsstunden sonntäglich gekleidete Gruppen von Arbeiterfamilien hinausziehen ins Freie. Wie war denn das nur möglich? An einem Arbeitstag wagten die Proletarierscharen nicht zu arbeiten, dem Unternehmer damit den Profit zu kürzen? Sie wagten zu feiern an einem Tag, der nicht vom Staat oder Kirche als Feiertag festgelegt worden war? Jawohl, die Arbeiter hatten es gewagt, sich selbst nach eigenem Willen einen Feiertag zu schaffen, und

nicht nur die Arbeiter Berlins waren so vermessen, sondern die der ganzen Welt." (O. Bader in "Ein steiniger Weg")

Nach dieser ersten machtvollen Demonstration internationaler Solidarität beschloß der Brüsseler Kongreß der II. Internationale 1891 den 1. Mai alljährlich als gemeinsamen "Festtag der Arbeiter aller Länder" zu feiern, "an dem die Arbeiter die Gemeinsamkeit ihrer Forderungen und ihre Solidarität bekunden sollen."

In diesem Sinne hat der 1. Mai auch heute noch seine Traditionen, obwohl die Vorzeichen und die Bedingungen, unter denen er abgehalten wird, sehr unterschiedlich sind in den verschiedenen Ländern.

Jedes Jahr erleben wir, daß in Ländern mit offen diktatorischen Regierungen Maifeiern verboten werden. Wenn es Arbeiter wagen, trotzdem die Arbeit niederzulegen und auf die Straße gehen, kommt es oft zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei.

Die Bürokraten in den stalinistischen Staaten mißbrauchen den 1. Mai dazu, ihre Diktatur als vollen Sieg der Arbeiter und Bauern zu feiern.

In den noch stabilen kapitalistischen Ländern mit bürgerlicher Demokratie hatte der 1. Mai mit dem Aufschwung nach dem 2. Weltkrieg und den schwächer werdenden sozialen Konflikten an Bedeutung verloren. Seit einigen Jahren erleben aber selbst diese Länder durch die weltweite Krise des Kapitalismus eine Wende in ihrer Entwicklung. Massenarbeitslosigkeit, Lohndruck, Abbau sozialer Leistungen, Auszubildungsver schlechterung, Abbau demokratischer Rechte usw. haben die Klassenauseinandersetzungen verschärft und verschärfen sie weiter. Dies findet auch seine Widerspiegelung im 1. Mai. Seit ein paar Jahren werden vom 1. Mai anstatt ein paar kläglicher Saalveranstaltungen wieder Demonstrationen und Kundgebungen unter freiem Himmel abgehalten, strömen von Jahr zu Jahr mehr Menschen zu den Maiveranstaltungen, werden die Reden der Funktionäre wieder schärfer und erklingen Arbeiterlieder in kämpferischen Tönen. Der 1. Mai erhält also als Kampftag zunehmend frischen Wind. Und in dem Maße, wie sich die Klassenkämpfe über Staatsgrenzen hinweg einander annähern, wird auch der 1. Mai zu einem Tag tieferer internationaler Solidarität werden. ■



Polizei vier Arbeiter und verletzte zahlreiche Demonstranten. Als am 4. Mai eine Protestkundgebung gegen den Polizeieinsatz stattfand, provozierte die Polizei erneut Zusammenstöße mit den Arbeitern. 60 Polizisten wurden durch einen Sprengkörper verletzt, worauf die Polizei das Feuer auf die flüchtende Menge eröffnete. Es wurden wieder mehrere Arbeiter getötet. Doch nicht die

Die Gesetze, die wir haben, widerstreben den Naturgesetzen, da sie einer großen Masse Menschen Recht zum Leben absprechen. Ich bin zu sehr Gefühlsmensch, als daß ich solche Zustände, wie sie heute existieren, nicht bekämpfen sollte. Jeder einsichtige Mensch muß ein System bekämpfen, welches es einem einzelnen Individuum möglich macht, in wenigen Jahren hunderte von Millionen Dollar zu-

VON URSULA BECK
Mitglied der Gewerkschaft Gartenbau, Landwirtschaft und Forsten.

FÜR ARBEITERDEMOKRATIE IN OSTEUROPA

KARL-HERMANN WEBER

Während in den kapitalistischen Staaten des Westens die Feiern zum 1. Mai durch Kundgebungen und Demonstrationen geprägt sind, bei denen weite Teile der Arbeiterklasse ihre Sorgen um die Zukunft zum Ausdruck bringen, erleben wir seit Jahren in Staaten des Ostblocks, vor allem in der DDR, Militärparaden. Diese militärischen Schauspiele sollen wohl zum Ausdruck bringen, daß in diesen Staaten die ganze Macht in den Händen der Arbeiterklasse liegt und daß diese Arbeiterstaaten zuverlässig vor Angriffen geschützt sind.



Für Sozialisten in der BRD erhebt sich gerade am 1. Mai angesichts der gewaltigen Maidemonstrationen in den Ostblockstaaten die Frage, ob die Arbeiterklasse dort wirklich gesiegt hat, ob die Militärdemonstrationen dort tatsächlich Ausdruck der Arbeitermacht sind.

Eines ist sicher: In der UdSSR, in ganz Osteuropa, in China und manch anderem Land der Erde sind in den letzten Jahrzehnten Kapitalismus und Großgrundbesitz für immer ausgerottet worden. Auf der Grundlage zentralisierter Planwirtschaften wurden große Errungenschaften erzielt. Der Aufstieg Rußlands von einem rückständigen Agrarstaat zu einer wichtigen Industrie- und Militärmacht spricht dafür ebenso wie die endgültige Abschaffung von Hunger und Elend in China in den letzten drei Jahrzehnten.

Wenn es richtig ist, daß - wie die DKP sagt - in den Ostblockstaaten die Arbeiterklasse die Macht ausübt, dann müßten folgerichtig Erscheinungen der kapitalistischen Produktion, die hier von den Arbeitern abgelehnt und bekämpft werden nicht vorhanden sein, müßten die Arbeiter in den Betrieben entscheidende Machtbefugnisse in Fragen der Produktion haben, dürfte es keinen Gegensatz zwischen Funktionären und einfachen Arbeitern geben, um nur einige Fragen aufzuwerfen.

Wie sieht die Realität beispielsweise in der DDR aus? Die DDR-Wirtschaft weist immer noch einen erheblichen Rückstand in der Arbeitsproduktivität gegenüber dem Westen auf. Die DDR-Führung ist bemüht, diesen Rückstand auf folgende Weise zu verringern: es finden mehrere Versuche statt, das Schichtarbeitersystem auszuweiten; die Fließbandfertigung wird ausgebaut; man importiert technisches Know-How aus dem Westen. Dieses Fachwissen entstammt kapitalistischen Produktionsprozessen, ist also - wie hier jeder Arbeiter aus eigener Erfahrung weiß - Kontroll- und Disziplinierungswissen; der Arbeitsprozess wird zerstückelt; die Entscheidungsbefugnisse in allen wesentlichen wirtschaftlichen Fragen noch mehr zentralisiert, die Arbeiter haben in der Diskussion über den Wirtschaftsplan (eine der wichtigsten Fragen in einer sozialistischen Wirtschaft) kein entscheidendes Wort mitzureden. Sie werden zwar vom staatlichen Leiter des Betriebs um ihre Meinung gebeten, aber erst nachdem die wichtigsten Fragen wie Rationalisierungsprojekte, Investitionen, Lohnfonds bereits entschieden worden sind. Oft ist nicht mehr als eine halbe Stunde Zeit für die "Plandiskussion" an der Basis. Die entscheidenden Befugnisse liegen bei den Bürokraten der staatlichen Planungskommission!

Die Wirtschaftspolitik der SED war stets bemüht, die Folgen der bürokratischen Mißwirtschaft auf dem Rücken der Arbeiter auszutragen. Die Hilflosigkeit der DDR-Bürokratie zeigt sich auf wirtschaftlichem Gebiet deutlich in dem Bemühen, westliche

Technologien einzukaufen. Dieses und andere Geschäfte verschuldeten die DDR im westlichen Ausland im Jahre 1976 mit 5,8 Mrd. Dollar, die UdSSR hingegen brachte es im gleichen Jahr auf 14,4 Mrd. Dollar. Dies ist die gleiche UdSSR deren Führer jahrzehntelang (Stalin) behauptet haben, daß der Aufbau des Sozialismus in einem Land erfolgreich möglich sei. Abgesehen von der Frage, ob die UdSSR tatsächlich sozialistisch ist, spricht diese Abhängigkeit von Importen aus dem Westen ein deutliches Urteil über diese Behauptung.

Sozialismus ohne größtmögliche demokratische Rechte ist ebenso lebensunfähig, wie ein Mensch ohne Sauerstoff! Ohne die Möglichkeit, frei und ohne Angst vor polizeilicher Verfolgung und Inhaftierung reden zu können, ist eine gesunde sozialistische Entwicklung unmöglich! Wie sieht es damit in den osteuropäischen Staaten aus?

In der UdSSR besitzen die Arbeiter 60 Jahre nach der Oktoberrevolution keine Redefreiheit, Versammlungsfreiheit und Streikrecht. Einige dieser Rechte existierten zwar sogar unter Stalin auf dem Papier (Verfassung), wer diese Rechte in Anspruch nahm, verschwand in den Kellern der Geheimpolizei. In den Jahren nach der russischen Oktoberrevolution jedoch wurden diese Rechte unter Lenin und Trotzki breit in Anspruch genommen, bis sie im Zug der bürokratischen Konterrevolution Stück für Stück zerschlagen wurden und die alten Kader der Bolschewiki, die sich der Politik Stalins widersetzen, ermordet wurden. Oppositionelle werden als geisteskrank diffamiert und entsprechend behandelt, d. h. in Irrenhäuser eingewiesen.

Dabei macht es keinen Unterschied, ob es sich bei diesen Oppositionellen um linke oder rechte Kritiker handelt. Wir meinen, daß ein echter Marxismus Kritik nicht zu fürchten braucht, schon garnicht Kritik von reaktionären Schriftstellern wie Solschenitzyn. Ähnliche Mißachtung von Arbeiterrechten wie

in der UdSSR sind in jedem einzelnen Ostblockstaat nachweisbar.

Jeder Arbeiter weiß hier, wie die DDR mit Sozialisten umspringt, die nicht bedingungslos die politische Linie der Bürokratie vertreten. Die SED sperrt die Kritiker ein oder schiebt sie ins westliche Ausland ab. Die Fälle Biermann, Pannach, Kunert (Liedermacher) und Fuchs (Schriftsteller) sprechen für sich. Die politische Hilflosigkeit der SED-Bürokratie zeigt sich gerade in ihrer Art, mit der sozialistischen Opposition umzugehen. So hat sie den Wissenschaftler Rudolf Bahro schlicht als Westspion bezeichnet, und samt Freunden eingesperrt, ohne bis heute den Anschein eines Beweises erbringen zu können. Wie ist es zu erklären, daß wir heute im gesamten Ostblock oppositionelle Strömungen feststellen können?



Oft sind es die Intellektuellen, die bevorstehende soziale oder politische Erschütterungen durch ihr Aufbegehren anzeigen. So erleben wir in der CSSR, Polen, DDR sogar in der UdSSR eine intellektuelle Oppositionsbewegung, die in einigen Staaten bereits offensichtlich die Arbeiterklasse erfasst hat. So ist die polnische Arbeiterklasse mit ihrem richtungsweisenden Mut 1970 und 1976 in den

erfolgreichen Kämpfen gegen Preissteigerungen den Weg vorangegangen, den in der kommenden Epoche die Arbeiterklassen anderer Ostblockstaaten folgen werden.

Warum stehen in den stalinistischen Staaten des Ostblocks politische Erschütterungen bevor? Die wenigen oben aufgeführten Beispiele zeigen, daß es mit der sozialistischen Demokratie in diesen Staaten nicht allzuweit her sein kann.

Die Unruhen - in der DDR unter der Oberfläche, in Polen sehr deutlich sichtbar - sind auf die Existenz von verschiedenen unvereinbaren Interessen zurückzuführen, hinter denen zwei Gruppen stehen, die Arbeiterklasse und die Bürokratie.

Die Bürokratie in Partei, Staat und Massenorganisationen hat sich nicht nur die allgemeine politische Macht angeeignet, sondern besitzt obendrein noch erhebliche materielle Privilegien, von denen die einfachen Arbeiter nur träumen können. (Gehälter, die ein vielfaches des durchschnittlichen Facharbeiterlohnes betragen, Villen in abgesperrten Wohngebieten, Spezialläden, Spezialkliniken u. v. m.)

Die Existenz dieser schmarotzerischen Schicht, die auf Kosten der Arbeiterklasse lebt, ist ein Hindernis auf dem Weg in den Sozialismus.

Auf der Tagesordnung steht die politische Revolution in diesen Staaten. Diese Revolution wird die Traditionen der Oktoberrevolution wiederbeleben, die auch in der ungarischen Revolution von 1956, die von der UdSSR niedergeschlagen wurde, zum Ausdruck kamen:

- WAHL- UND ABWÄHLBARKEIT ALLER FUNKTIONÄRE
- KEIN FUNKTIONÄR DARF MEHR ALS EINEN DURCHSCHNITTLICHEN FACHARBEITERLOHN VERDIENEN
- KEIN STEHENDES HEER
- UNEINGESCHRÄNKTE MEINUNGS- UND AKTIONSFREIHEIT FÜR ALLE GRUPPEN UND PARTEIEN, DIE DAS STAATSEIGENTUM AN PRODUKTIONSMITTELN ANERKENNEN (Streikrecht; unabhängige Gewerkschaften).

Auf der Grundlage der bereits erkämpften sozialen Errungenschaften wie der verstaatlichten Industrie, der größtenteils genossenschaftlich organisierten Landwirtschaft, dem staatlichen Außenhandelsmonopol könnten unter den politischen Bedingungen der Arbeiterdemokratie die Folgen der unkontrollierten bürokratischen Herrschaft in Wirtschaft, Kultur und Politik in wenigen Jahren beseitigt werden und die osteuropäischen Staaten zu echten Vorbildern des Sozialismus für Westeuropa und die ganze Welt gemacht werden.

MAIGRÜSSE AUS SCHWEDEN

Genossen!

Wir senden Euch hiermit solidarische Maigrüße von der schwedischen marxistischen Zeitung "OFFENSIV", Grüsse an alle Marxisten in der deutschen Arbeiterbewegung.

Die Wahl 1976 in Schweden, nach der die drei bürgerlichen Parteien nach 44jähriger sozialdemokratischer Regierung an die Macht kamen, markierte das Ende einer alten Epoche. Es war das Ende eines harmonisch entwickelten und "gut funktionierenden" Kapitalismus. Man hat Schweden lange als ein Modell für andere kapitalistische Länder dargestellt. Aber die wachsenden Probleme in den Grundstoffindustrien wie Schiffsbau, Stahl, Holz, Textil haben die bürgerliche Regierung gezwungen, Verstaatlichungen durchzuführen und den Kapitalisten mit Milliarden Kronen unter die Arme zu greifen.

Am letzten Wochenende hat man wieder bekanntgegeben, daß die Kapitalisten weitere 8 Milliarden Kronen bekommen werden, und das ausgerechnet kurz nachdem die Gewerkschaften, LO und TCO, ein Lohnabkom-

men angenommen haben, das für uns im zweiten Jahr Lohnverzicht heißen wird. Unter der breiten Mitgliedschaft wird dies auf große Verärgerung stoßen.

Aber die Arbeiterbewegung hat bisher nichts versucht, um die Arbeiter zu mobilisieren und anzuführen im Kampf um die Verteidigung der Arbeitsplätze und des Lebensstandards. Nur auf örtlicher Ebene haben einige Gewerkschaften und Jungsozialisten-Gruppen versucht, den Kampf zu führen. Ohne einen Kampf auf nationaler und internationaler Ebene werden die Arbeiter leicht entmutigt.

Die Wahlniederlage der Sozialdemokratie hat auch einen Schlußstrich gesetzt unter die traditionelle Politik der Reformen im Rahmen des kapitalistischen Systems.

Anstatt einen gemeinsamen Kampf für eine sozialistische Gesellschaft zu führen, wie er auf der Tagesordnung steht, und zwar hier bei uns wie auch international, hat die Arbeiterbewegung die schaurige alte Strategie eingeführt, ihre "eigene" Kapitalisten-

klasse im Inland in Schutz zu nehmen, damit diese auf dem Weltmarkt einen höheren Anteil hat. Diese Politik führt aber nur zu einer Spaltung der Arbeiterklasse international und zu einer Katastrophe.

Man kann heute zurecht sagen, daß der Kapitalismus keine fortschrittliche Rolle mehr spielt. Er kann nicht mal mehr die Produktivkräfte weiterentwickeln und wird nie in der Lage sein, die Grundbedürfnisse der Arbeiter zu befriedigen.

Die neue, vor uns liegende Epoche mit ihren scharfen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen wird der Arbeiterbewegung in Schweden wie in der Bundesrepublik Deutschland die Notwendigkeit eines kompromißlosen sozialistischen Programms klarmachen. Und deshalb sehen wir die großen Möglichkeiten, eine breite Unterstützung für unsere gemeinsamen marxistischen Ideen zu gewinnen. Nur wenn wir den Kampf von Marx und Engels, "PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!", ernst nehmen und in die Praxis umsetzen, können wir ein sozialistisches Schweden, eine sozialistische Bundesrepublik und eine sozialistische Welt aufbauen.!

Belgische Hafentarbeiter:

STREIK FÜR NEUEINSTELLUNGEN

Als wir an Ostern nach England fahren wollten, wurden wir in Ostende von streikenden Hafentarbeitern angehalten. Der Streik fing um Mitternacht von Donnerstag auf Karfreitag an, und wir kamen in Ostende ein paar Minuten nach 24 Uhr an! Niemand informierte uns, warum wir warten mußten, also sind wir rausgegangen, zu den Streikposten hin, und haben uns mit den Kollegen unterhalten. Als wir sagten, wir seien deutsche Jungsozialisten und unterstützten ihren Kampf, begrüßten sie uns sehr freundlich und erzählten uns, worum es ging.

Sie erklärten uns, daß sie für die 40-Stunden-Woche streiken, d. h. damals arbeiteten sie 60 Stunden in der Woche bei 5 Schichten. Dies störte jegliches Familienleben, ganz abgesehen davon, daß es in Belgien 300.000 Arbeitslose gibt (6% der ak-

tiven Bevölkerung). Sie machten, so sagten sie uns, Überstunden, weil sie von den Arbeitgebern dazu gezwungen wurden, um den regelmäßigen Fahrdienst der Fähre zwischen England und Belgien aufrechtzuerhalten, und die Arbeitgeber sich weigerten, mehr Leute einzustellen.

DESHALB WAR IHRE HAUPTFORDERUNG DIE EINSTELLUNG VON ZUSÄTZLICH 200 BIS 300 ARBEITERN, UM DIE ARBEITSZEIT AUF 40 STUNDEN UND DIE SCHICHTEN AUF 4 IN DER WOCHE ZU SENKEN, UND DIE ÜBERFAHRTEN PRO ARBEITER AUF 16 IM MONAT ZU REDUZIEREN.

Die Kampf Stimmung der Kollegen war sehr gut. Die Beteiligung der Hafentarbeiter (darunter auch Angestellte, Elektriker und Techniker) war fast 100%, d. h. um die

1.000 Arbeiter, und die französischen Seeleute hatten bereits ihre Solidarität erklärt, so daß keine französischen Schiffe mehr rüberfahren. Sie sagten uns, sie wären bereit, tagelang für ihre Forderungen zu kämpfen.

Wir haben die Bemerkung gemacht, daß die Arbeiter Europas vor 80 Jahren bereits um den 8-Stunden-Tag gekämpft hatten. Die streikenden Kollegen lachten ironisch und meinten "Das ist der Fortschritt!". Aber heute ebenso wie damals gilt, daß alle Arbeitskämpfe letzten Endes international geführt werden müssen, um langfristig erfolgreich zu sein. Die Hafentarbeiter aller Länder werden in den großen und schweren Kämpfen der kommenden Jahre eine besondere Stellung einnehmen. Es muß uns aber klar sein, daß der Kapitalismus alle Errungenschaften der Arbeiter wieder in Frage stellt und wegnehmen wird, wenn sie nicht durch eine sozialistische Planwirtschaft unter demokratischer Arbeiterkontrolle abgesichert werden.

Felicity Bull, Köln

ZÄHER KAMPF DER US - BERGARBEITER

NACH 111 TAGEN GING DER BITTERE STREIK ZU ENDE. DER DRITTE TARIF - VERTRAG, DEN DIE KOHLEBARONE ANBOTEN, WURDE KNAPP (BEI 43 % GEGEN STIMMEN) ANGENOMMEN. ES WURDEN ZWAR NICHT ALLE FORDERUNGEN ERFÜLLT, ABER DIE ERSCHÖPFUNG DER STREIKENDEN WAR SO GROSS, DASS VIELE MIT "JA" STIMMTEN. TROTZDEM LIEFEN IN EINIGEN BEZIRKEN UND ABTEILUNGEN - SO BEI DEN BAUARBEITERN IN DEN KOHLEGRUBEN - DIE STREIKS NOCH WOCHENLANG WEITER, UND SO WURDEN WEITERE ZUGESTÄNDNISSE GEWONNEN.

DIE BERGARBEITER BETRACHTEN DEN STREIK WENIGSTENS ALS TEILSIEG. SIE WAREN IN DIESEN 111 TAGEN IN DER TOTALEN VERTEIDIGUNG GESTANDEN, GEGEN EINE GEMEINSAME FRONT DER GRUBENBESITZER, REGIERUNG, STAAT, PRESSE - UND IHRER EIGENEN GEWERKSCHAFTSFÜHRUNG !

DER STREIK MARKIERT EINEN WENDEPUNKT IN DER GESAMTEN NACHKRIEGSGESCHICHTE DER USA. DIE TOTGESAGTE UMW-GEWERKSCHAFT LEBT - UND WIE !

SICHER WIRD SIE IN DEN NÄCHSTEN JAHREN WIEDER ZUWACHS ERHALTEN. DER HELDENHAFTHEIT STREIK WIRD DAZU BEITRAGEN, DIE REAKTIONÄRE UND MIT DER MAFIA VERFILZTE BÜROKRATIE ZU STÜRZEN, DIESE IN VIELEN GEWERKSCHAFTEN NOCH VORHERRSCHENDE BÜROKRATIE IST DAS GRÖSSTE HINDERNIS FÜR EINEN WEITEREN FORTSCHRITT DER MÄCHTIGEN US-ARBEITERBEWEGUNG IN RICHTUNG AUF EINE VERÄNDERUNG DER GESELLSCHAFT UND VERTEIDIGUNG DES LEBENSSTANDARDS.

Worum ging es in diesem Streik, der die USA an den Rand des Bürgerkrieges trieb?

" Unser Kampf geht wirklich um Leben und Tod. Ich verhungere oder erfriere lieber, bevor ich die Arbeit unter den Bedingungen wieder aufnehme, die die Bosse wollen. Bald werden wir zu den Gewehren greifen. Meine Frau kann auch schießen, und sie wird mitkommen."



Forderungen

Der Hauptgrund ist nicht eine Lohnerhöhung. Es ist die Verteidigung hart erkämpfter Errungenschaften und das Überleben der Gewerkschaft überhaupt. Die Kohlenbosse wollen die geltenden Krankheits- und Rentengelder so drastisch zusammenstreichen, daß z. B. Kumpel, die vor 1972 in Rente gegangen sind, nur noch 50% ihrer sowieso nur spärlichen Unterstützung erhalten sollen. In den USA gibt es nämlich keine staatlichen Kranken- und Rentenversicherungen, und so war das Wohlfahrtsystem, daß die Bergarbeiter Gewerkschaft UMW den Bossen vor 30 Jahren abgetrotzt hatte, eine riesige Errungenschaft, die heute in vielen anderen Industriezweigen noch nicht existiert.

Der zweite Streitpunkt ist, daß die Kapitalisten im neuen Tarifvertrag lokale Streiks verbieten wollen. Das führte am 10. Februar - trotz einer angebotenen Lohnerhöhung um 37% - zur Ablehnung des Tarifvertrags durch mehr als 2/3 ihrer Mitglieder.

Als der Streik begann, schienen die Bosse die besseren Karten zu haben. Sie hatten sich schon lange auf die alle drei Jahre stattfindende Tarifrunde vorbereitet und Kohlevorräte angesammelt, die 90 Tage reichen sollten. Doch die Kumpel hielten länger aus - obwohl sie in der Streikkasse keinen Pfennig hatten und von ihrer Gewerkschaft keine Unterstützung erhalten konnten. Nur von Ersparnissen, Krediten und Lebensmittelkarten lebend, begannen sie, in den Städten Geld zu sammeln. Und auf welches Echo stießen sie? Die Farmer, die ebenfalls in einigen Teilen des Kontinents streikten, schickten Wagenladungen voll von Lebensmitteln; Automobilarbeiter aus Chicago organisierten einen Autokonvoi, der nach Illinois fuhr, um den Streikenden Lebensmittel zu bringen, und unterwegs auf Tausende Autos anschwoh, die sich aus Solidarität anschlossen! Der Gouverneur hatte angeordnet, an die Streikenden keine Lebensmittelmarken mehr auszugeben; sie sollten buchstäblich an die Arbeit zurückgehüngert werden!

Sicherheit

Für die 165 000 männlichen und die 800 weiblichen Bergleute, die in der UMW organisiert sind, war in den vergangenen Jahren nämlich unter Tage lokale und "wilde" Streiks die einzige Möglichkeit, ihre Situation zu verbessern. Vor allem die Sicherheitsbedingungen in den amerikanischen Zechen sind katastrophal: Seit 1969 sind 1000 Bergarbeiter bei Unfällen gestorben, jedes Jahr hat ein Kumpel die "Chance" von 1:8, bei einem Arbeitsunfall verletzt zu werden. Kein Wunder, daß das Jahr 1977 bis November (vor Beginn des nationalen Streiks) schon 2,3 Mio. Arbeitstage gesehen hatte, die durch lokale Streiks in einzelnen Zechen verloren gegangen waren.

Gesetze

Als der Streik sich dem 100. Tag näherte griff Präsident Carter zum sogenannten "Taft-Hartley-Gesetz", das ihm erlaubt, mit Hilfe eines Gerichtsbeschlusses streikende Arbeiter wieder für 80 Tage an die Arbeit zurückzubefehlen. Das Gesetz blieb auf dem Papier stehen, die Kumpel dachten nicht daran, es zu befolgen.

" Wir werden nicht wieder arbeiten, bevor nicht unsere Forderungen voll und ganz erfüllt sind." - "Ich habe 37 Jahre in den Zechen gearbeitet, wo ich mir eine Staublunge und zwei Herzanfälle geholt habe. Seit Dezember ist mir - wie 82000 anderen Kumpel - die Rente gestrichen worden. Ich habe nicht mehr viel zu verlieren. ... Ich kann immer noch schießen, und ich bin bereit, mein Leben zu geben, wenn notwendig!" "Wir organisieren jetzt die 2/3 unserer pensionierten Kollegen, die immer noch in der Lage sind, Streikposten zu stehen!" Das sind die Antworten auf die Bedrohung durch gekaufte Gängsterbanden, Polizei und Armee! "Die Kohlenbosse haben es wirklich mit einem Teufelsgegner aufgenommen", schrieb die Tageszeitung in New York. Mitte Februar mußte in Ohio und Indiana der Energienotstand ausgerufen werden. In West Virginia wurde den Industrieunternehmen 10% ihrer Energielieferungen gekürzt. In Ohio mußte teilweise schon eine 4-Tage-Woche eingeführt werden.

Scheideweg

Nur die Hälfte der US-amerikanischen Bergarbeiter sind in der Gewerkschaft UMW organisiert.

Seit acht Jahren ist nämlich der Organisationsgrad von 70% auf 50% gesunken. Der Grund: "Die UMW hat eine Führung die längst nicht mehr die Interessen der Basis widerspiegelt", wie selbst eine stockkonservative Zeitung schreiben mußte. Aber nicht nur in der Kohleindustrie gibt es diese Situation. Der Organisationsgrad der Gewerkschaften insgesamt ist seit dem Krieg von 33% auf 20% aller Arbeiter gefallen. Doch jetzt ist eine riesige Rekrutierungskampagne im Gange, besonders im bisher wenig organisierten Süden des Halbkontinents.

Perspektiven

In den letzten Jahren gab es gewaltige Streikbewegungen auch in anderen Industriezweigen. Auto-, Transport-, Gummi- und Elektrizitätsarbeiter führten zum Teil weite Streiks durch. Doch die amerikanische Arbeiterbewegung hat bis heute noch kein Ausdrück in einer politischen Partei gefunden. So können sich im Kongreß zwei bürgerliche Parteien die Pfründe streitig machen, die sich um Jota voneinander unterscheiden. Kein Wunder, daß die Wahlbeteiligung bei Präsidentschaftswahlen Mühe hat, die 50%-Marke zu überschreiten. Die meisten Arbeiter bleiben, aus Mangel an einer wirklichen Alternative, am Wahltag einfach zuhause.

Was gebraucht wird, ist eine Arbeiterpartei, die sich aus den Gewerkschaften heraus entwickelt und sich auf diese stützt. Ein solcher Prozess hat sich in Großbritannien vor 80 Jahren vollzogen. Die ersten Schritte sind in Amerika jetzt gemacht. Die Gewerkschaft der Elektriker hat bereits einen Grundsatzbeschluss gefasst, andere Gewerkschaften aufzufordern, mit ihr gemeinsam eine "Labour-Party" ins Leben zu rufen. Eine solche Partei, könnte in wenigen Jahren, rapide anschwellen um Millionen von Arbeitern samt den Unterdrückten farbigen Minderheiten hinter sich vereinigen! In allen Gewerkschaften ist jetzt ein Radikalisierungsprozess im Gang, der erst aufhören wird, wenn die korrupte Gewerkschaftsspitze, die oft sehr enge Beziehungen zur Mafia unterhält, ihre Posten verloren hat.

In der Zwischenzeit wird der heldenhafte Kampf der US-Kohlenarbeiter ein Markstein innerhalb dieser Entwicklung sein!

ITALIEN: Terroristen helfen der Reaktion



Ein Generalstreik zur Unterstützung des Führers der Christdemokraten! Eine fast einstimmige Vertrauensklärung des Parlamentes für eine rechte Regierung, die erst drei Monate zuvor durch gewerkschaftliche Massenunterstützung gestürzt worden war! Unterstützung aller Parteien für tiefgreifende Polizeivollmachten einschließlich Telefonüberwachungen und Blau-Vollmachten zur Wohnungsdurchsuchung und Festnahme von Personen!

Mit der Entführung des christdemokratischen Parteiführers Moro und ihrer "Kriegserklärung an den Staat" leisteten die "Roten Brigaden" der Reaktion einen Dienst. Die Entführung schockierte Italien, obwohl das Land schon 300 Entführungen seit 1970 und 2000 terroristische Aktionen im letzten Jahr verzeichnen konnte. Die Tat war so perfekt durchgeführt, daß es eine ganze Reihe von Gerüchten gab, welche ausländische Kraft Drahtzieher der ganzen Sache sein könnte.

Ernsthafter müssen wir uns aber fragen: Steckt ein Teil der staatlichen Sicherheitskräfte mit den terroristischen Tätern unter einer Decke? In Italien gab es schon mehr als einmal scheinbar "linksradikale Terroranschläge", deren eigentliche Urheber faschistische Banditen und Polizeispitzel waren. Es hat sich in der Zwischenzeit herausgestellt, daß die Bombenanschläge von Mailand 1969 das Werk staatlicher Sicherheitskräfte war. Immer wieder haben Generäle und Vorgesetzte des Militärischen Abschirmdienstes in Italien Militärputsche vorbereitet, die aber im letzten Moment aufgrund der Nervosität der herrschenden Klasse abgeblasen wurden. Die Hälfte der

Armeeoffiziere und die meisten Angehörigen des Abschirmdienstes sympathisieren mit der faschistischen Sammelbewegung MSI.

DIE HERRSCHENDE KLASSE HAT VON DEM GANZEN ENTFÜHRUNGSFALL PROFITERT!

Die Entführung hat ihr eine Atempause gebracht und einen Vorwand geliefert, um die Arbeiterbewegung in Schach zu halten und die Vollmachten der staatlichen Organe auszubauen.

Auch die Führung der Kommunistischen Partei war eifrig mit bei der Sache, als es darum ging, den Staatsorganen Vollmachten einzuräumen und die demokratischen Grundrechte anzunagen. Wenig später musste die Partei gegen die Verhaftung mehrerer Mitglieder protestieren, die unter Anwendung dieser Gesetze vorläufig festgenommen wurden.

Ähnlich wie in der Bundesrepublik in dem Fall "Schleyer" nützt die Reaktion in Italien den "Fall Moro" aus, um ihr Stüppchen zu kochen und den Staat für den Einsatz im Innern aufzurüsten.

Marxisten lehnen den individuellen Terror grundsätzlich ab! Nicht die Bomben und Überfälle einiger kleinen Banden können die kapitalistische Gesellschaft abschaffen, sondern einzig und allein die auf der Grundlage eines sozialistischen Programms mobilisierten Arbeiterbewegung. Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selber sein.

Obwohl der "Fall Moro" in den letzten Wochen alles überschattet hat, kann es nicht die katastrophale Krise der italienischen Wirtschaft und Gesellschaft übertünchen. Eineinhalb

Millionen Italiener sind arbeitslos, das sind über 7% der erwerbsfähigen Bevölkerung. Drei Millionen davon sind jünger als 29 Jahre. Eine halbe Million junger Menschen ist auf der verzweifelten Suche nach der ersten Arbeitsstelle.

1977 ging die Industrieproduktion um 13,3% gegenüber der des Vorjahres zurück. Die Kapitalisten sind weiterhin eifrig dabei, ihr Geld ins "sichere" Ausland zu schaffen.

Italien befindet sich seit 10 Jahren fast ununterbrochen im Aufruhr. Die mächtige Arbeiterbewegung hat in wiederholten eintägigen Generalstreiks mit Rekordbeteiligungen bis zu 20 Mio gezeigt, daß sie das kapitalistische Krisenmanagement nicht passiv hinnimmt. Doch anstatt eine unabhängige Arbeiterpolitik zu betreiben, setzt die Führung der mächtigen kommunistischen Partei (1,7 Mio. Mitglieder und 34% der Stimmen bei den letzten Wahlen) ihre ganze Autorität ein, um die Arbeiter auf einen "Historischen Kompromiß" mit den bürgerlichen Parteien auf die Privatisierung staatlicher Industriezweige, eine rigorose Sparpolitik und eine Stärkung des Staatsapparates festzulegen.

Aber obwohl die Führung der Kommunistischen Partei den Vertretern des Großkapitals wiederholt versichert hat, daß sie nicht vor habe, den Kapitalismus zu stürzen, haben die Kapitalisten Italiens, Europas und der USA bisher alles getan, um eine direkte Regierungsbeteiligung der Kommunisten zu verhindern. Sie haben nicht Angst vor den kommunistischen Führern, sondern vor der geballten Kraft der Arbeiter, die sie "vertreten".

Ein Regierungseintritt der KP wäre für die Masse der Arbeiter ein Signal zu handeln, ein Signal, um in Streiks und Fabrikbesetzungen für all die Opfer und den Verzicht der letzten Jahre unter christdemokratischer Herrschaft einen kräftigen Nachschlag zu fassen. Die Kapitalisten haben die portugiesische Erfahrung nicht vergessen: Dort hat eine Arbeiterklasse, die viel schwächer und unerfahrener ist als die italienische, ihre Führer gezwungen, gegen ihren Willen einen Großteil der Industrie und Wirtschaft zu verstaatlichen.

Die terroristischen Aktionen und Moros dramatische Entführung sind noch einmal in der öffentlichen Aufmerksamkeit an die erste Stelle gerückt. Aber es wird nicht gelingen, die Arbeiter von den wirklichen Verbrechen des kapitalistischen Systems und den vor ihnen liegenden Kämpfen abzulenken.

Pharmaindustrie PROFIT VOR GESUNDHEIT

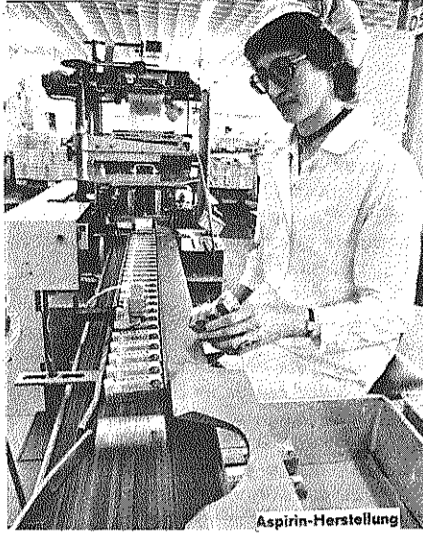
Anfang des Jahres wurde das neue Arzneimittelgesetz verabschiedet, welches zur Aufgabe hat, wesentlich mehr Arzneimittelsicherheit zu garantieren. Dieses ist angesichts der Katastrophen, die in diesem Sektor schon passiert sind (es sei nur an die Conterganaffäre erinnert) sicher eine sehr wichtige Angelegenheit. Leider hat das neue Gesetz, wie später gezeigt werden soll, dieses Ziel nicht erreicht, was wiederum ein Beweis für die Unmöglichkeit ist, Teilkontrollen in einer "freien, marktwirtschaftlichen Ordnung" einzuführen. Auch in Hinsicht auf Preisgestaltung und andere Mißstände hat das neue Gesetz nichts Neues gebracht.

Zunächst sei ein kurzer Einblick in den Pharmabereich gegeben. (Angaben größtenteils entnommen aus J. Scholmer "Patient und Profitmedizin") Dieser Bereich ist daher so wichtig, da er ungeheuer zu der Kostensteigerung im Gesundheitswesen beigetragen hat. 1960-72 vergrößerten sich die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung für pharmazeutische Produkte. Dabei kann man besonders in den letzten 2-3 Jahren eine deutliche verstärkte Zunahme der Ausgaben beobachten. Zwischen 1973 und 1980 wird erwartet, daß sich die Produktion von Medikamenten verdoppeln wird. Nicht zuletzt schuld daran ist die riesige Zunahme des Verkaufs von "Psycho-Drogen", die aus der Unfähigkeit entspringen, die Erkrankungen, die aufgrund von Konflikten mit der Umwelt im seelischen Bereich entstehen, durch Psychotherapie zu behandeln.

Das Arzneimittelangebot ist gewaltig und für den Arzt unüberschaubar. Es sind 70 - 80 000 verschiedene Präparate am Markt, z. T. unter unterschiedlichen Namen, unterschiedlichen Preisen und dennoch genau denselben Inhaltsstoffen. Den ungefähr 300 mit Medikamenten behandelbaren Krankheiten stehen pro Krankheit 233 Medikamente gegen-

über. Aus dieser Fülle sachlich das eine Medikament herauszupicken, welches wirksam, leicht anzuwenden und auch noch billig sein soll, ist dem Arzt unmöglich. Er ist letztendlich ja auch nicht der Käufer des Medikaments, sondern der Patient, der das Medikament wiederum durch seine Krankenkasse bezahlen läßt. Für den Arzt wird es nur auffällig, daß er immer wieder zu teuren Medikamenten verschreibt, wenn er einen Teil der Kosten selbst tragen muß, weil die Kasse seine Abrechnung nicht akzeptiert! Der Patient selbst bekommt garnicht mit, ob ein Medikament billig oder teuer ist, da es die Kasse zahlt. Er ist daher auch nicht an einer Kontrolle interessiert, obwohl er der Konsument ist, dennsoweit denkt kaum jemand, daß sich die allgemeine Erhöhung von Medikamentenkosten schließlich wieder in einer Erhöhung der Krankenkassenbeiträge bemerkbar machen wird!

Das Typische des Marktes ist im Arzneimittelsektor also zusätzlich verfremdet: Es stehen sich nicht wie sonst Erzeuger und Verbraucher gegenüber, sondern ein Mittler; der Arzt, steht dazwischen und entscheidet über den Verbrauch. Eine normale "Marktnachfrage" besteht ebenfalls nicht, da beide am Kauf des Produktes Beteiligten, Arzt und Patient, nicht wie bei anderen Produkten direkt an einem möglichst geringem Preisniveau interessiert sind. Ferner kommt hinzu, daß bei bestimmten lebenswichtigen Medikamenten, wie z. B. Insulin einfach ein Zwang zur Abnahme des Produktes besteht, woraus sich wiederum bei den bestehenden Preisabsprachen der verschiedenen Firmen ein Preismonopol herleitet. Dieses Preismonopol wird von der Pharmaindustrie weidlich ausgenutzt, was dadurch bewiesen ist, daß dasselbe Medikament in den unterschiedlichen europäischen Ländern ganz gewaltige Preisdifferenzen aufweisen kann (bis zu 200%)!



Aspirin-Herstellung

Der Arzneimittelmarkt, der für sich beansprucht ein "Markt" zu sein, ist also keiner. Aber allein der Anspruch auf diesem Gebiet ein Markt zu sein ist empörend. Die Tatsache daß gehandelt wird und Gewinne gemacht werden mit Dingen, die lebensnotwendig sein können, und die Tatsache, daß damit Werbung betrieben werden kann, ist erschreckend!

Werbung, für die eine immense Summe Geld ausgegeben wird, die von der Aufgabe her schon nicht sachlich sein kann muß dennoch z. T. als einzige Informationsquelle für den Arzt dienen. Für Werbung und Beratung wird mehr ausgegeben von den Pharmafirmen die forschen, als für Forschung. Es ist zu erwarten, daß nur im Rahmen der Profitabilität geforscht wird. Trotz der relativ geringen Ausgaben für Forschung werden diese immer als Alibi für die hohen Preise verwendet. Leider sind die Universitäten nicht in der Lage, ein Kontrollorgan der Pharmaindustrie zu sein, da sie nicht die Mittel dazu haben.

Welche Neuerungen bringt nun das neue Arzneimittelgesetz? Bisher wurden neue Medikamente nur registriert, jetzt sollen neue Medikamente "zugelassen" werden, nachdem das Bundesgesundheitsamt Qualität, Wirksamkeit und Unbedenklichkeit geprüft hat. Wie soll es das prüfen? Anhand der eingereichten Unterlagen. Das heißt also, daß BGA kann nur die Unterlagen prüfen, die natürlich in ihrem eigenen Interesse von der Pharmaindustrie eingereicht werden. Es hat nicht die Mittel, eigene Forschungen anzustellen, außer in Ausnahmefällen. Insofern ist eine neutrale Urteilsbildung von vorneherein unmöglich geworden. Aus dem Verkehr gezogen werden kann ferner ein Mittel nur dann, "wenn die Behörde die Unwirksamkeit nachgewiesen hat". Hier liegt also die Beweislast bei der Behörde! Als "wirksam" gilt im Übrigen schon, wenn bei einer beschränkten Anzahl von Personen Wirkungen auftreten nach Einnahme des Medikaments. Im Gesetz ist nicht einmal festgelegt, daß diese Wirkungen die bei dem Medikament erwünscht sein müssen!

Insgesamt kann man sagen, daß das Gesetz eine völlige Anpassung an die Bedürfnisse der Pharmaindustrie darstellt. Etwas anderes ist, wie eingangs erwähnt, in einer privatwirtschaftlichen Ordnung auch nicht zu erwarten, die keine Teilplanung in sich duldet.

Abhilfe schaffen kann nur ein verstaatlichter Arzneimittelsektor unter der demokratischen Kontrolle der darin Beschäftigten. Dies würde eine Produktion einer sinnvollen Menge von Medikamenten mit sich bringen, könnte einen größeren Teil der Mittel in eine Forschung im Interesse der Menschen und nicht des Profits lenken und statt verwirrender Werbung sachliche Information für die Ärzte mit sich bringen. ■

Ulrike Thormann
Mitglied der ÖTV

Reiche werden noch reicher

Andreas Baumgarten
Mitglied der IG Metall

KOLLEGEN WERDET EURER STÄRKE BEWUSST!

Der 1. Mai ist der einzige von 365 Tagen, der der arbeitenden Klasse, der uns gewidmet ist. An diesem Tag werden DGB-Kundgebungen und allerlei Veranstaltungen organisiert. Wenn am 1. Mai in allen großen Städten der Welt die Arbeiter zu Tausenden und Abertausenden sich den Demonstrationen anschließen, dann muß jeder einzelne spüren, wie stark doch die internationale Arbeiterbewegung gegenüber den Ausbeutern und Unterdrückern ist. Wenn man an solchen Demonstrationen teilnimmt und man sieht, daß es in anderen Städten und Ländern genau so ist und wenn man dann noch an die kleine Zahl der Kapitalisten denkt, die Millionen von Arbeitern unterjochen, dann überkommt einen doch das Gefühl der Stärke und auch gleichzeitig denkt man auch, wie irrwitzig das ist, daß eine kleine Zahl Kapitalisten über die Arbeits- und Lebensbedingungen von Millionen Arbeitern bestimmen können. Doch Kollegen, dieses Gefühl darf nicht nur am 1. Mai da sein, dieses Gefühl steckt in jedem von uns, ist mehr oder weniger vorhanden.



Über eines müssen wir uns im klaren sein: Die Kapitalisten werden nichts freiwillig abgeben! Dies mußten auch unsere Großväter in der Zeit vor 60 Jahren erleben. Damals gab es eine große Streikwelle in ganz Deutschland. Es gab Demonstrationen für den Frieden und dafür, daß jeder genug zu essen hatte. Damals wurde um das allernotwendigste gekämpft, während die Kapitalisten in ihren Palästen residierten. Die Forderungen wurden aber dann größer und breiter. Man kämpfte um mehr Lohn, Urlaub, Arbeitszeitverkürzung. Die Antwort der Kapitalisten waren Gewaltakte gegen die kämpfenden Kollegen.

Auch bei uns in der Bundesrepublik brechen jetzt immer mehr Arbeiter wieder aus ihrer passiven Haltung hervor. Dies zeigen die diesjährigen Tarifkämpfe, wo bei der Urabstimmung der IG Metall in NRW ca. 86 % für einen Arbeitskampf gestimmt haben. Das zeigt doch ganz deutlich, daß die alten ruhigen Aufschwungszeiten vorbei sind und die arbeitende Klasse wieder kämpferischer wird und zeigt, was sie kann. Es ist bloß traurig, wie die Arbeiter immer wieder von ihren Arbeiterführern gebremst werden. Da zu kann man ein Beispiel geben, und zwar die IG Metall in Nordwürttemberg. Steinkühler hat zuvor gesagt, unter 6 Prozent ist nichts drin. Aber was kam hinterher? Er hat versucht, die Arbeiter zu überreden, mit einem angeblich "angemessenen" Tarifabschluß von 5 % Lohnerhöhung und einem Nachschlag für die ersten 4 Monate zufrieden zu sein. Bei der Urabstimmung hat sich aber eine starke Opposition herauskristallisiert. Knapp die Hälfte stimmte gegen diesen Tarifabschluß. Somit wurde für viele Kollegen der "König" Steinkühler ein "Hofnarr" - wie es mir ein Kollege sagte. Aber daß Arbeiterführer ihre Kollegen im Stich lassen, gerade wenn es darauf ankommt, ist ja nichts neues. Aber wie können wir dies in der Zukunft vermeiden?

Doch nur dann, wenn unsere Funktionäre jederzeit durch die Basis sofort abwählbar und kontrollierbar sind und nicht mehr als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn beziehen, damit sie auch wissen, wofür sie kämpfen sollen. Selbst wenn wir in unserem Kampf auch mal Rückschläge in Kauf nehmen, darf dies kein Grund sein, um kampfmüde zu werden. Uns Arbeitern bleibt kein anderer Ausweg als der zum Sozialismus unter demokratischer Arbeiterkontrolle. Dabei ist es aber wichtig zu sagen, daß wir nicht dem angeblichen "Sozialismus" der Ostblockstaaten liebäugeln denn dort haben die Arbeiter auch nichts zu melden.

Kollegen, um auch ganz konkret zeigen zu können, daß die Arbeiter immer ärmer und die Unternehmer immer reicher werden, will ich hier ein paar Fakten bringen aus der DGB-Analyse der "Verteilungssituation und der Verteilungspolitik 1978": Der Durchschnittslohn eines Lohnabhängigen ist von 1974 bis 1977 von 15.108 DM auf 17.880 DM gestiegen, das entspricht 18,3 %. Im selben Zeitraum erhöhten sich die Einkommen aus Unternehmertätigkeit um 30 %.

"Nach den Erkenntnissen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung hat sich

die Fehlverteilung der Nettoeinkommen... .. von 1950 bis 1973 nur sehr geringfügig verändert. Der untere Randgruppenanteil beginnt seit 1968 sogar wieder abzusinken." (Aus ÖTV-Magazin 4/78) Diese Fakten zeigen ganz klar, was uns das kapitalistische System bringt und wohin es uns steuert. Wenn man sich mal den ganzen Weg des Kapitalismus durch den Kopf gehen läßt, bleibt nur eine Alternative übrig - eine sozialistische Planwirtschaft mit demokratischer Arbeiterkontrolle.

INTERVIEWS:

VORAN SPRACH MIT EINEM TÜRKISCHEN AUSZUBILDENDEN IN KÖLN.

VORAN: Wie wird der 1. Mai in der Türkei gefeiert?

M. D.: Gesetzlich ist dieser Tag kein Arbeiterfest und von der türkischen Kultur her war er immer als Frühlingsfest betrachtet. Aber in den letzten Jahren haben Arbeiter in den größeren Städten wie z. B. Istanbul trotz Gesetz und Verbot am 1. Mai gefeiert. 1976 sind Arbeiter in der sozialistischen Gewerkschaft DISK auf die Straßen gegangen. Und an die 30 Kollegen wurden von den grauen Wölfen (Agenten der faschistischen Staatspolizei) und von den Maoisten getötet. Damals war die MC-2. Nationalistische Front von 3 Parteien - an der Regierung.

VORAN: Was machen die türkischen Arbeiter in der BRD am ersten Mai?

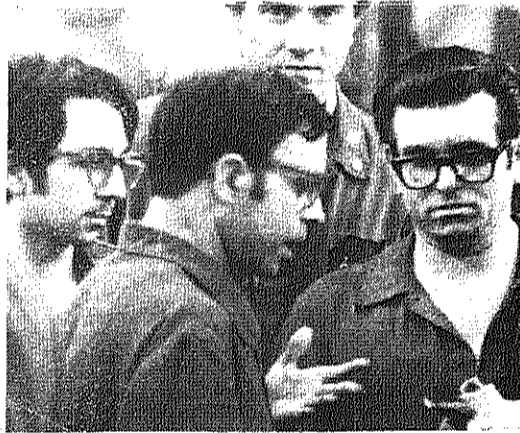
M. D.: Die meisten türkischen Gastarbeiter sind in der FIDEF sowie in DGB-Gewerkschaften organisiert. Letztes Jahr gab es Demonstrationen von türkischen und deutschen Arbeitnehmern in Düsseldorf, Stuttgart und Frankfurt, die von der FIDEF mitveranstaltet waren. In Düsseldorf zum Beispiel marschierten 2000 Kollegen, wovon 500 Deutsche darunter waren.

VORAN: Wie können DGB und türkische Arbeiterorganisationen wie FIDEF besser zusammenarbeiten?

M. D.: Wir sollen viel mehr mit dem DGB zusammenarbeiten, und alle Gastarbeiter sollen sich in den Gewerkschaften organisieren. Z. B. sind 10.000 bis 13.000 türkische Arbeiter bei Ford beschäftigt, und sie sind durch 13 Türken im Betriebsrat vertreten. Aber wir brauchen auch Hilfe in den kleinen Sachen, wie das Ausfüllen von Gewerkschaftsformularen - sogar solche Dinge machen den türkischen Kollegen manchmal enorme Schwierigkeiten.

VORAN: Du hast die türkischen Arbeitnehmer bei FORD erwähnt. Was halten sie vom Metallabschluß von 5 % für NRW?

M. D.: Ich weiß nicht - nicht viel! Ich kann nur sagen, wie es mit als Auszubildendem geht: 1975 kam ich mit DM 300.- monat -



lich aus. 3 Jahre später bekomme ich nicht viel mehr, aber ich müßte doppelt so viel haben, damit ich auskomme. Die Lebenshaltungskosten sind um 20 Prozent gestiegen, nicht um 5 Prozent!

VORAN-INTERVIEW MIT GERT AUE, MITGLIED DER IG-METALL (Siemens) UND SPD HAMBURG-WINTERHUDE.

VORAN: Was bedeutet für Dich der 1. Mai? G. A.: Der 1. Mai muß wieder zu einem Kampftag der Arbeiter werden, zu einer Machtdemonstration für die Durchsetzung von berechtigten Forderungen der Werktätigen.

VORAN: Hast Du Kritik an der heutigen Gestaltung des 1. Mai durch die Gewerkschaften?

G. A.: In den letzten 20 Jahren wurde der 1. Mai zunehmend als Volksfest organisiert; mit Ansprachen etablierter Prominenz, die dieses als Pflichtübung betrachteten.

VORAN: Was sagst Du zur diesjährigen Tarifrunde? Sind die bisher erreichten Abschlüsse ausreichend?

G. A.: Wenn man einerseits die Teuerungsraten und andererseits die Umsatzzuwächse der meisten großen Unternehmen gegenüberstellt, so sind fünf Prozent Lohnzuwachs keinesfalls ausreichend. Zum Beispiel hat der Siemens-Konzern, bei dem ich beschäftigt bin, im letzten Jahr den Inlandsumsatz von knapp 16 auf beinahe 20 Milliarden (ca. 25 % DM erhöhen können. Auch die Aktionäre sind dieses Jahr nicht gerade schlecht davongekommen.

VORAN: Wie sollte sich die SPD in der Tarifrunde und gegenüber den Gewerkschaften allgemein verhalten?

G. A.: Die SPD, die aus der Arbeiterbewegung hervorgegangen ist, sollte sich mit den Forderungen der Werktätigen voll und ganz solidarisieren, denn von diesen Schichten erhält sie bei Wahlen auch überwiegend ihre Stimmen.

Öffentlicher Dienst

VORAN-Interview mit einem Krankenpfleger.

KÜRZUNGEN UND GESINNUNGSSCHNÜFFELEI

VORAN: Was bist Du von Beruf?
P. M.: Ich bin Krankenpfleger und habe eine Ausbildung in der Krankenpflegerhilfe gemacht. Bei mir war es ein bißchen chaotisch, ich habe nur ein Jahr gemacht, ich sollte drei Jahre machen.

VORAN: Was war denn das Problem?
P. M.: Ich hatte viele Schwierigkeiten, nicht politische eigentlich, aber die Stationschwestern haben mich fertig gemacht, haben Terror gemacht und ich habe mich dann nicht mehr unter Kontrolle gehabt. Ich habe Druck von allen Seiten bekommen, von den Eltern, von der Station, usw. Dabin ich der Ausbildung ausgeschert, ich habe nicht die richtige Willensstärke gehabt.

VORAN: Und dann?
P. M.: Tschja, ich hatte also von vielen Seiten Druck und wußte nichts von meinen Rechten. Ich war vorher in der Gewerkschaft, aber nicht aktiv. Ich habe mich dann verstärkt darum gekümmert. Ich bin dann schließlich Vertrauensmann geworden - für meinen Bereich.

VORAN: Wie sah es aus auf der Station? Wieviele Kollegen waren organisiert?
P. M.: Da waren nur drei bis vier gewerkschaftlich aktiv - von 40. Das war also mies. Von ca. 1.200 Kollegen 250 organisiert (ÖTV).

VORAN: Was sind denn die Zukunftsaussichten für die Kollegen im Krankenhaus?
P. M.: Die versuchen im Krankenhaus zu rationalisieren. Das bedeutet verstärkte Arbeitshetze. Die haben bei uns im Haus eine neue neurologische Klinik eingerichtet und keine neuen Leute eingestellt! Die haben nur Leute von den anderen Stationen geholt

und für die gibt es kein Ersatzpersonal. D. h. konkret, die übrigen 6 in der anderen Station mußten die Arbeit machen, die vorher 10 gemacht hatten.

VORAN: Schaffen sie es?
P. M.: Es geht doch alles auf Kosten der Patienten, sie werden nicht so gepflegt wie es sein mußte.

VORAN: Was waren dann die Konsequenzen für Dich als aktiven Gewerkschafter?
P. M.: Wir haben im Vertrauenskörper beschlossen, selbst die Situation zu analysieren und die Planstellen, die von der Landesregierung geplant wurden mit den Vorschlägen der ÖTV zu vergleichen.

VORAN: Was war das Ergebnis?
P. M.: Unsere eigenen Schlußfolgerungen haben zum Teil nicht mal der Kreisverwaltung der ÖTV gepaßt. Da kam aber noch was dazu - es gibt bei uns einen Jugendvertreter, der ist Mitglied in einer K-Gruppe. Einige der Sachen, die er bringt, sind wirklich blöd, aber jedenfalls wegen dem wollte die ÖTV immer unsere Versammlungen blockieren. Bei uns ist die SPD und die ÖTV ziemlich verflochten und mir scheint's, sie haben Schiß vor der Diskussion, sie lassen alles lieber brach liegen. Es gab jedenfalls unheimlich viele Schwierigkeiten wegen der Analyse - ich bin dafür fast entlassen worden. Der Vorwand war meine "Arbeitsweise" (ich war noch in der Probezeit). Aber zwei Personalräte haben sich sehr für mich eingesetzt. Daraufhin gingen Gerüchte um, der eine wäre in einer K-Gruppe tätig! Das stimmt überhaupt nicht! Ich wurde auch verhört, ob er wirklich K-Gruppen-Mitglied sei.

Ich wurde aber nicht entlassen.
VORAN: War das das Ende der Geschichte?
P. M.: Nein! Danach bekamen 5 Leute, die an der Analyse beteiligt waren, Anhörungsverfahren beim Verfassungsschutz!

VORAN: Was wurde ihnen dann vorgeworfen?
P. M.: Einem wurde vorgeworfen, er würde im selben Haus mit Kommunisten wohnen.

Gegen drei Leute wurden die Verfahren zurückgestellt. Gegen den Jugendvertreter steht jedoch noch ein Prozeß aus. Einen hat er schon gewonnen.

Das ist doch alles echte politische Unterdrückung. Ich finde auch die Gewerkschaften sollen den Unvereinbarkeitsbeschuß zurücknehmen - das ist kein Argument. Die IG - Druck hat es schon gemacht.

VORAN: Aufgrund Eurer Analyse und Deiner Meinung, was kann man gegen solche Rationalisierungen machen?
P. M.: Ich bin gegen diese Kürzungen des Geldes im öffentlichen Bereich. Die Kommunen kürzen immer.

VORAN: Du bist aktiver Juso - was hält Du von den Forderungen der VORAN zu demokratischer Arbeiterkontrolle im öffentlichen Bereich - die Kollegen wissen doch am besten, was notwendig ist - im Rahmen der Verstaatlichung der Großkonzerne und Banken.
P. M.: Ich bin mit dem VORAN - Programm einverstanden, aber es kann nicht nur bei den Forderungen bleiben. Wenn man was durchsetzen will, muß man echt Druck ausüben - Demos. usw. Wir müssen die Mitgliederversammlungen in den Gewerkschaften ausnützen.

Auf dem Bau GEFEUERT

INTERVIEW MIT EINEM KÖLNER BAUARBEITER.

VORAN: Dir wurde vor kurzem auf der Baustelle fristlos gekündigt -
G. B.: "Fristgerecht" heißt das laut Tarifgesetz! Da ich noch keine 4 Wochen gearbeitet hatte, konnte man mir bis zum Ende der jeweiligen Woche, also 6 Tage, kündigen.

VORAN: Wie sah es aus auf der Baustelle?
G. B.: Ich habe am 18.1.78 angefangen und komme zuerst auf einen Bauhof der Firma STRABAK, Tief- und Hochbaufirma, mit 12.000 Beschäftigten in der BRD. Hier werden die Maschinen und Baumaterial instandgesetzt, bevor sie auf der Baustelle eingesetzt werden. Hier werden Reparaturarbeiten gemacht, Schränke gestrichen usw., was nicht zu meinem Beruf gehört. Ich sollte nicht länger als eine Woche da bleiben, dann auf die Baustelle gehen, aber ich blieb die ganze Zeit da. Außer mir waren auf dem Bauhof 2 Vorgesetzte, 2 andere Deutsche und 6 Ausländer, die sich nicht trauten, den Mund aufzumachen.

VORAN: Was hast Du denn gemacht, daß man dich 'rausschmeißen wollte?
G. B.: Ich habe auf die Mängel hingewiesen, die den Unfallverhütungsvorschriften nicht entsprachen. Z. B. sie hatten 2 Kräne, die Schwenkbremsen waren nicht in Ordnung, dann schwankte der Kran immer mehr als er sollte, dann wäre es fast zu Unfällen gekommen, so miserabel war der Zustand. Ich habe meine Winterkleidung beansprucht. Diese hat jeder während der "Winterperiode" - 15. Okt bis 15. März - egal wie das Wetter, zu beanspruchen. Ich habe den Meister gefragt, was mit den dicken, wetterfesten Jacken, Handschuhen und Hosen für das kalte Wetter war. Das war nach der ersten Woche, also bevor der erste Frost einsetzte. Der Meister sagte "Bei und gibt es kein schlechtes Wetter, deshalb gibt es keine Bekleidung!" Immer noch nach der dritten Woche war nichts zu haben. Dann habe ich mich an die Berufsgenossenschaft gewendet - so eine Art Baupolizei - und zwar anonym, weil die Vereine auch nicht dicht sind. Bei einer größeren Firma, gibt es immer Spitzel, die dann 'rausfinden wer das war. Mir wurde gesagt ich sollte den Sicherheitsingenieur anrufen - erst seit 2 Jahren müssen Firmen mit über 500 Besch. einen Sicherheitsingenieur einstellen. Er war aber nicht zu erreichen. Zu der gleichen Zeit kam der Betriebsrat auf die Baustelle. Die Firma sei zu ihm gegangen und wollte mich auf die Kündigungsliste setzen mit folgendem Kündigungsgrund: Ihres Erachtens hätte ich nicht die "richtige Arbeitsauffassung"!!

Am 8. 2. 78 kam der Polier (Bauhofmeister) zu mir mit einem Kranführer als Zeuge und hat mich zum 15. 2. 78 mündlich gekündigt.

VORAN: Was hast Du gemacht?
G. B.: Am 16. 2. bin ich zur Gewerkschaft gegangen, ob sie mir helfen können. Sie wollte mir nichts schriftliches in die Hand geben und sagte, da war nichts daran zu machen, da ich keine 4 Wochen gearbeitet hatte und man könne nicht auf Wiedereinstellung klagen. Aber das hätte sowieso nicht viel gebracht - selbst wenn man die Klage gewinnt, wird einem so ein Haufen Arbeit zugeschoben, daß man von sich aus kündigt. Da hat ein normaler Arbeiter kaum eine Chance.

VORAN: Was verdient man in deinem Beruf?
G. B.: Mit Facharbeiterurkunde über Abschluß der Lehre und die Prüfung, kommt man auf DM. 10,20 pro Stunde. In der "Winterperiode" - allerdings erst Mitte Dez. beginnend - bekommt man zusätzlich DM. 2,- pro Stunde für erschwerte Arbeit, was unversichert aber auch unversichert ist, und das hebt den Bruttoverdienst auf DM. 2000,- monatlich.

VORAN: Was fordert die IG Bau in Köln bei der Tarifrunde?
G. B.: Es kommt auf den Tarifbezirk an. Im Kölner Kreis gibt es 21 Tarifbezirke-620 Mitglieder bei einem Organisationsgrad von 25%. In meinem Bezirk, Köln-Mitte, sind wir besser organisiert und haben absichtlich 13% gefordert, weil wir wissen, daß die Forderungen der verschiedenen Bezirke ausgeglichen werden, um die endgültige Tarifforderung festzulegen. Das Bundesergebnis liegt bei 7,7%.

VORAN: Was meinst Du dazu?
G. B.: In den letzten 3 Jahren haben wir 4-6% am Realeinkommen verloren. Wenn wir die 7,7% nicht kriegen, sind wir diesmal bereit, zu streiken.

TARIFRUNDE '78: SONST GEHT DIE SCHLAGKRAFT VERLOREN

Harald Neumann
 Betriebsratsvorsitzender

Die Tarifrunden bisher waren alle anders als die diesjährige. Die Kollegen sind wacher geworden. So eine Anteilnahme habe ich selbst noch nicht erlebt.

Man muß sagen, daß die Arbeitgeberseite dies vorhergesehen hat. Sie hat schon im letzten Jahr ihre Kräfte mobilisiert, konzentriert und zentralisiert. Dies zeigt ein vertrauliches Rundschreiben des Arbeitgeberverbandes Solingen von Anfang November 1977 an seine Mitgliedsfirmen in dem es heißt, daß es eine Lösung des Tarifproblems in freien Verhandlungen wohl nicht geben werde und daß ein vertretbares Ergebnis künftig ohne Inkaufnahme von Streiks und dessen Beantwortung durch Aussperrung nicht zu erzielen sein werde.

Gleichzeitig haben die Unternehmer auch Spenden gesammelt, um den Solidaritätsfonds der Arbeitgeberseite für bestreikte Betriebe aufzustocken.

Der Arbeitgeberverband hat die Zeichen auf Sturm gesetzt und sich gründlich vorbereitet. Dem ist aber unsere Seite nicht gerecht geworden. Wir Metaller hier in Nordrhein-Westfalen wurden schlecht informiert, und die Gewerkschaftsführung erschien sehr unsicher. Die Kollegen hier im Betrieb haben noch nie die wirklichen Machtverhältnisse so erfahren wie jetzt, und sie haben schnell erkannt, daß es eine Machtfrage ist.

Die Anteilnahme der Kollegen an der Vorbereitung der Tarifrunde war größer als bisher. Nachdem die Schlichtung ergebnislos abgelaufen war, sahen wir in zahlreichen Betrieben Warnstreiks, für viele Firmen war dies der erste Warnstreik überhaupt.

Der letzte offizielle Streik in der eisenverarbeitenden Industrie fand 1948 statt, und dieses Mal war die Bereitschaft zum Streiken wieder sehr groß. Ebenso war die Bereitschaft, sich gewerkschaftlich zu organisieren, noch nie so hoch wie in diesem Jahr. Bei der Urabstimmung über Kampfmaßnahmen stimmten einzelne Betriebe fast zu 100% mit "ja". In unserer Firma hatten wir 20 Neuaufnahmen für die Gewerkschaft in wenigen Tagen.

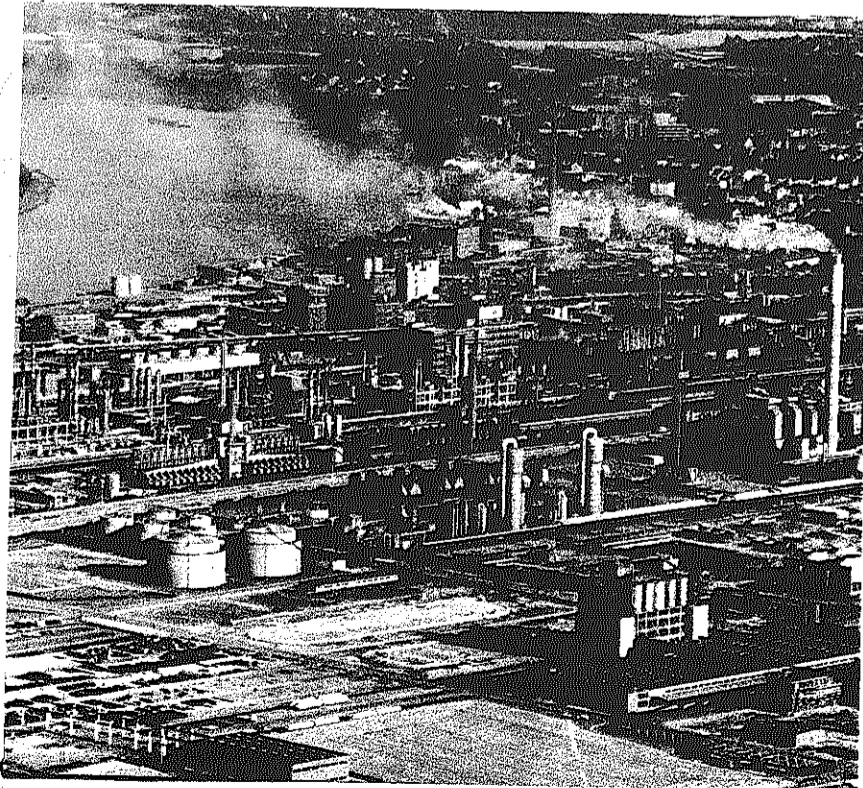
Die große Enttäuschung kam dann nach der erfolgten Urabstimmung (86,6% in NRW für Kampfmaßnahmen), als die Mitgliedschaft ein klares "ja" gesprochen hatte, der Vorstand aber dieses Ergebnis nicht aufgriff und Aktionen in die Wege leitete. Nach §22 der IG-Metall-Satzung setzen Arbeitseinstellungen den Beschluß des Vorstands voraus. Die Basis hatte in der Urabstimmung ihren Willen bekundet, jetzt war der Vorstand am

Zuge. In den "Tarifinformationen NRW" Nr. 7 hieß es aber nur, daß über den Antrag aus Nordrhein-Westfalen zu einem späteren Zeitpunkt entschieden wird.

Über dieses Verhalten des Gewerkschaftsvorstandes kam dann an der Basis ein starker Unmut auf. Die Zentrale wurde mit tausenden von Protesttelegrammen aus vielen Betrieben, Betriebsräten und Vertrauenskörperleitungen überflutet. Die Kollegen waren der Meinung, daß nach einer erfolgreichen Urabstimmung sofort etwas unternommen werden sollte. Sonst geht die Schlagkraft verloren. Wir konnten nicht verstehen, warum man nicht Nordrhein-Westfalen in den

die alleinige Entscheidungsgewalt über Streik haben soll. Denn wenn demokratisch die Stimmenmehrheit für Streik ausfällt, dann sollte der Vorstand nichts anderes sein als ein Vollzugsorgan der Basis. Auch als die Tarifkommission in NRW den Vorstand ultimativ aufforderte, Kampfmaßnahmen für NRW einzuleiten, reagierte der Vorstand nicht darauf.

Wenn man jetzt mit vielen Gewerkschaftskollegen diskutiert, dann kommt man immer wieder zu der einheitlichen Aussage: Die großen Machtkämpfe stehen uns noch bevor. Die nächsten Auseinandersetzungen werden härter. Was wir wollen ist: das erhalten, was wir jetzt haben.



Streik einbezogen hat. Denn dann hätten statt 25 auch fünf Verhandlungsrunden ausgereicht. In Zukunft müssen die Verhandlungen und Positionen für alle Mitglieder durchsichtig sein. Die Gewerkschaftsführung muß uns genau sagen, worüber verhandelt wird. Sonst hat es wenig Sinn, wenn der Kollege Steinkühler von einem "guten Kompromiß" spricht, aber man kann sich kein Urteil bilden, weil man nicht weiß, wie die Verhandlungspositionen vorher ausgesehen haben.

Viele Kollegen fangen aber auch an zu fragen, ob es richtig ist, daß der Vorstand

Auch nach der Tarifrunde wird es keine echte Pause geben. In NRW stehen fünf Tarifverträge zur Kündigung an. Der 31. 12. 78 ist der erste Kündigungstermin für das Lohnrahmenabkommen. Nach diesem auslaufenden Abkommen sind Festbetrag-Lohnforderungen formal nicht möglich. Wir sollten aber jetzt die Forderung nach Sockelbeträgen wieder ins Gespräch bringen. In Zukunft sollten wir in den Lohnrunden einen Sockelbetrag fordern, der die hohen Einkommen real hält, aber dafür entsprechend die unteren Einkommen anhebt.

VORAN

DRUCKER STREIKTEN FÜR ARBEITSPLÄTZE

"VORAN!" sprach mit den Streikenden und Ausgesperrten der Westdeutschen Zeitung Ein Setzer:

"Nach dem Kriege hatten wir eine 48-Std.-Woche. Aml. Mai 1952 demonstrierten wir für die 40-Std.-Woche. Damals wurden auch noch viele Überstunden gekloppt. Inzwischen haben wir eine kürzere Arbeitszeit aber es ist anders als wir es uns gedacht haben. Sie arbeiteten damals 12-16 Stunden pro Tag, heute nach 8Std. Arbeit braucht man 3-4 Std. um wieder Mensch zu werden. Wir arbeiten heute eine 40 Std. Woche sind aber kaputtter als früher bei einer 48 oder gar 60 Std. Woche. Die alten Setzer haben zwar 2 Weltkriege erlebt aber wenn Feierabend war, dann war auch wirklich Feierabend. Nach dem Kriege haben die Automaten immer mehr das Tempo bestimmt, heute müssen wir uns den Automaten anpassen. So geschlaucht wie wir waren die alten Setzer nicht. Die Technik dient nicht mehr dem Menschen, sondern es ist umgekehrt." Mit diesen kräftigen Worten machten uns die Kollegen klar, warum die Arbeitnehmer der Westdeutschen Zeitung nicht mehr bereit sind, sich von der Technik kaputt machen zu lassen.

Und weiter:
"Früher schaffte ein Handsetzer 1600 Buchstaben in der Stunde. Heute schafft eine Schnellsetzmaschine mehr als das Zehnfache. Die neuen Fotosetzmaschinen können bis 2 Mio. Zeichen pro Stunde produzieren. 1971 wurden durch den Zusammenschluß der Düsseldorf-Nachrichten mit dem Wuppertaler General-Anzeiger über 400 Leute eingespart. Jetzt fordern wir, daß Kollegen, aus unserem Beruf an die neuen Schreibgeräte rankommen. Wir sind dagegen, daß man unsere Facharbeiterlöhne in 5 Jahren abbaut auf kaufmännische Gehälter. Die Unternehmer wollen pro Jahr um 10-20% runter.

Selbst wenn der Streik länger dauern sollte, ist ein fauler Kompromiß für uns nicht annehmbar. Wir fordern, daß die neuen Geräte gegen Strahlen abzusichern sind. Texterfasserinnen können zwar blind schreiben, die Korrektoren müssen aber Wort für Wort nachlesen. Deswegen wollen wir erholungspausen und zwar 10 Min. pro Std. Wenn man da so einige Stunden vor dem Bildschirm sitzt, dann flimmerneinem ganz schön die Augen.

Ein Kollege wirft ein:
"In Stuttgart sind schon zwei Frauen nach der Arbeit an diesen Geräten mit dem Auto vor eine Mauer gefahren, weil sie einfach nichts mehr sehen konnten. Man merkt ja auch gar nicht wann der Strahlenschutz ausfällt."

Zum Lohn sagt ein Kollege:
"Nach dem Willen der Unternehmer hätten wir einen monatlichen Lohnverlust von 700-1000 DM. Wir verdienen sicher mehr als andere Arbeiter, aber für den Verlust an Freizeit und Gesundheit will man ja auch einen Ausgleich. Durch den Streik verlieren zwar viele Kollegen Geld, aber wenn wir durchhalten, können wir uns diese Verluste auch leisten, weil dann unsere Arbeitsplätze gesichert sind."

Zur Rationalisierung führt der Kollege aus:
"In den letzten Jahren gab es bei uns eine schlechende Arbeitsplatzreduzierung. Es wurde zwar keinem Kollegen gekündigt, aber ausscheidende Kollegen wurden nicht durch neue ersetzt. Wir mußten immer mehr Aufträge in der gleichen Zeit ausführen. Lehrlinge werden schon sechs Jahren nicht mehr ausgebildet."

Weiter sagt er:
"Beim Zusammenschluß der Betriebe hat man mich für die Zeitungsarbeit eingeteilt und so mußte ich seither nachts arbeiten. Ich bin da ungewollt reingeschlittert und so langsam reingewachsen. Den Streß habe ich am Anfang nicht wahrgenommen, aber der Streß schlägt sich doch nieder. Ich fühle mich nicht mehr so leistungsfähig wie früher. Aber wenn man da drin ist und an die Schicht zuschlägt usw. gewöhnt ist, will man natürlich nicht mehr davon runter. Dazu opere ich noch einen Teil meiner Freizeit für die Arbeit als Vertrauensmann."

Auf die Frage wie die Erfahrung vom Druckerstreik 1976 aussieht, antwortet der Kollege:

"Der Streik 1976 wurde plötzlich von der Gewerkschaftsführung ausgesetzt, und schließlich kamen dann nur noch 0,6 % mehr raus. Es war die allgemeine Stimmung unter den Kollegen, daß man den Streik nicht hätte stoppen sollen. Hier bei uns konnte noch eine Jubiläumsausgabe gedruckt werden, nur weil wir den Streik aussetzten. Dies haben viele Kollegen kritisiert. Dieses Mal dürfen wir diesen Fehler nicht mehr wiederholen. Wir werden diesen Streik durchstehen. Wir werden uns nicht mehr erpressen lassen. Wenn schon gestreikt wird, dann aber richtig. Anfangs dachten viele Kollegen, es ginge nur um die Setzer. Vor der Urabstimmung waren sich aber alle Kollegen einig, daß man sich geschlossen für jeden Bereich einsetzen würde. Alle Kollegen waren bereit, durch den Streik auch einen Verdienstaufschlag hinzunehmen."

Wie sah es vor dem Streik aus?

"Ab 25.11.77 rief die Drupa uns auf, Dienst nach Vorschrift zu machen und die Überstunden zu verweigern. Dieser Aufruf wurde befolgt. Die Kollegen waren bereit, dadurch im Schnitt auf 600 bis 700 DM zu verzichten. Wir führten auch zwei bis vierstündige Warnstreiks durch, die vom Gewerkschaftsvorstand sanktioniert wurden. Einer der erfolgreichsten Warnstreiks verlief so:

Da sind die Setzer zur Repro rüber gekommen. Man hat diskutiert und beschlossen, ab sofort spontan zu streiken. Dann machten Setzer, Repro und Drucker eine gemeinsame Versammlung von 21 Uhr bis 24 Uhr. Die Geschäftsleitung hat uns dann erklärt, wir könnten ab 24 Uhr nach Hause gehen. Ein anderes Mal hat die Geschäftsleitung gehofft, die Rotationsdrucker würden vom Streik abspringen. Da hatte sie sich gründlich verrechnet. Es gelang ihr nicht, die Solidarität aussinanderzubrechen

Ein anderer Kollege informiert uns:

"Die fest angestellten Kolleginnen bei der WZ, die am Terminal arbeiten, halten das höchstens 3 bis 4 Stunden aus und sind dann so fertig wie früher nach 8 Stunden. Danach kommen sogenannte "Leiharbeiterinnen" ins Haus. Die WZ braucht für diese keinen sozialen Beitrag zu zahlen. Vor Weihnachten hatte die Geschäftsleitung der WZ die glorreiche Idee, bei den Warnstreiks diesen Kolleginnen ein zusätzliches Weihnachtsgeld von 500 DM zu überreichen. Daneben gab es noch einen Brief, in dem man sie darüber unterrichtete, daß man sie beim Arbeitskampf noch dringender benötigen würde. Die Kollegen meinten, daß Leihfirmen gesetzlich verboten werden müßten. Dies sei ja moderner Menschenhandel!"

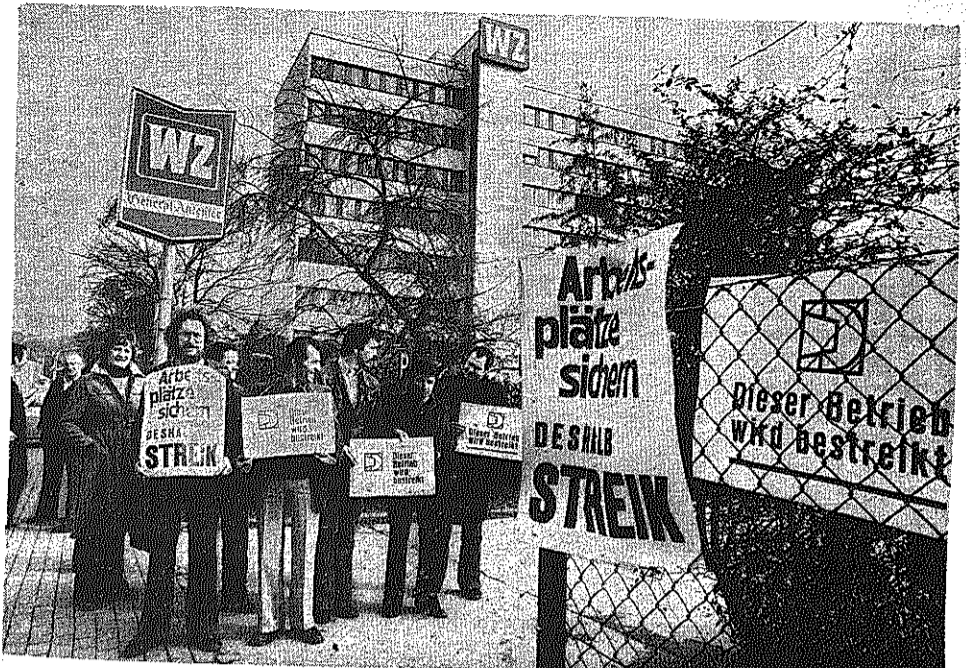
Wie war die Reaktion in der Bevölkerung?

"Wir haben in Wuppertal mehrere Male unsere Streikzeitungen an die Bevölkerung verteilt. Die Reaktion war überwiegend positiv. Oft wurde uns zugerufen:

"Jungs, macht weiter so, das ist richtig!" Einige Leute waren aber offensichtlich durch Rundfunk und Fernsehen falsch informiert. Einen Fehler haben wir gemacht, der Info-Stand hätte schon am ersten Tag stehen müssen. Wir bekamen viele Solidaritätsadressen von Gewerkschaftern, Betriebsräten, Vertrauenskörpern, Schulen, Lehrerverbänden, Parteien und Jugendverbänden. Viele Passanten waren bereit, für unsere Streikkasse spontan zu spenden!"

Wie hat die Firma versucht, die Streikfront zu durchbrechen?

"Man hat bei Kollegen zu Hause angerufen und ihnen gesagt, sie sollen wieder arbeiten kommen. Die Lohndruck-Aufträge müßten fristgerecht fertiggestellt werden. Wir



könnten ruhig wieder reingehen, denn sie seien ja wieder am Verhandeln hat man uns gesagt. Die Kollegen von dieser Abteilung kamen überein, nicht reinzugehen. Wenn die Firma wirklich Interesse daran gehabt hätte, dann hätte sie ja nicht ausgesperrt. Dies war die allgemeine Meinung."

Und wie sieht es mit den Ehepartnern aus?

"Die stehen voll dahinter! 1976 versuchte die Geschäftsleitung mit Briefen an unsere Frauen, die Moral zu untergraben. Das hat aber nicht geklappt!" **Was für Erfahrungen habt ihr mit Streikbrechern gemacht?**

"Da sind in unserer Abteilung einige Leute zum Meister hingerrannt und wollten möglichst schnell zu Angestellten befördert werden. Die wollten auf dem Rücken der Streikenden als Streikbrecher großes Geld verdienen. Sie haben Arbeiten übernommen, die ihnen gar nicht zustehen! Besonders unverschämte war, als ein Klischee-Ätzer versuchte, die Arbeit eines Fotografen zu übernehmen. Dies dann recht saumäßig. In der Rotation gab es auch 5 Streikbrecher die uns nach einer Woche Streik verraten haben. Einer von ihnen war beim letzten Warnstreik der erste, der die Leute draußen haben wollte, und jetzt war er der erste

Streikbrecher. Bei der Streikversammlung haben die Kollegen gesagt, sie würden nicht eher reingehen, als bis die 5 Typen draußen sind. Da dies aber arbeitsrechtlich nicht drin ist, werden wir Wege finden, um diesen Leuten unsere Meinung deutlich zu machen!"

Schließlich kommen wir noch darauf zu sprechen, daß IG-Druck Vorstandsmitglied D. Hensche diesen Streik als den wichtigsten in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung bezeichnet hat. Einer der Kollegen sagt, was er dazu denkt:

"Es geht im Unterschied zu anderen Streiks, dieses Mal um Arbeitsplätze. Dies ist noch wichtiger als ein Lohnkampf. Den Streik von 1976 hätte man gleich schon an diesen Fragen ausrichten können. Der stellvertretende Gewerkschaftsvorsitzende Ferlemann hat schon vor 5 Jahren vorausgesehen, daß das Problem der Rationalisierung auf uns zukommt. Das Problem ist nicht ernst genug genommen worden. Wenn man den Kollegen 1976 gesagt hätte, worum es geht, hätten sie bestimmt Verständnis dafür gehabt. Dieser Streik hat positive Konsequenzen für andere Gewerkschaften. Die IG-Druck muß jetzt die Kohlen aus dem Feuer holen. Aber auch in Nordwürt./Nordbaden kämpfen ja die Metaller für Besitzstandssicherung"

MAIGRÜSSE AUS ENGLAND

Einen Tag, bevor die Zeitung in den Druck ging, erreichte uns eine telefonische Grußbotschaft von der Redaktion "MILITANT" aus London: "Wir möchten an dieser Stelle die deutsche Arbeiterbewegung grüßen. Wir unterstützen die jüngsten Streiks der Hafnarbeiter, Drucker und Metaller. Diese Streiks haben die Aktivisten der britischen Arbeiterbewegung ermutigt, weil sie das Ende ei-

nes langen Winterschlafs markieren. Leider wird in Großbritannien gegenwärtig die Gewerkschaftsbewegung von der konservativen Politik der Gewerkschaftsführer zurückgehalten. Wir möchten auch den Genossen von VORAN für die Artikel und Informationen über die Bundesrepublik danken, denn diese Artikel sind für unsere Kämpfer in der Gewerkschaftsbewegung sehr wertvoll."

VERTEIDIGT JEDEN ARBEITSPLATZ

Fortsetzung von S.1

2. Die Bilanzen und Geschäftsbücher der Unternehmer müssen offengelegt und unter Kontrolle der Kollegen und ihrer Gewerkschaften gebracht werden.
3. Schluß mit Arbeitslosigkeit und Lohnverzicht, 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich."

Es ist sehr wichtig, in Unternehmen, denen der Bankrott droht, die Offenlegung der Geschäftsbücher zu fordern, um zu sehen, ob der Kapitalist uns nicht belügt, um auch zu sehen, wo seine Gewinne hingeflossen sind. Wenn der Unternehmer aber wirklich so abgewirtschaftet hat, daß er den Konkurs an-

melden muß, nützt die beste Kontrolle über die Geschäftsbücher nichts mehr. Warum dann nicht die Dinge beim Namen nennen? Warum nicht klipp und klar für die Kontrolle jedes mit Entlassungen oder gar Stilllegung drohenden Betriebes eintreten und zwar durch Aufsichtsräte, denen zu je einem Drittel Vertreter der jeweiligen Belegschaft, des DGB und des Staates angehören. Man kann aber nur kontrollieren, was man besitzt. Jungsozialisten müssen solche Forderungen immer mit der grundlegenden Forderung nach Überführung in gesellschaftliches Gemeineigentum verbinden. Nur so kam man die kapitalistische Anarchie beseitigen.

Kontaktadresse Hamburg:
Joachim Heuck
Alsterdorfer Str. 69 a
2000 Hamburg 60
Tel. 511 73 79, ab 17 Uhr

ABONNIERT VORAN

ICH MÖCHTE VORAN ABONNIEREN und habe DM 7,- auf das Postcheckkonto H. G. Otinger, Postcheckamt Essen, Nr. 170-20-433 überwiesen. (Abopreis für 6 Ausgaben)

ICH MÖCHTE WEITERES INFORMATIONSMATERIAL

Name: _____

Adresse: _____

Redaktion "Vorán" 563 Remscheid, Hammesbergerstr. 75